

proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch!

Politische Berichte ★

Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik.

Erscheint vierzehntäglich. Einzelpreis: 2,00 DM. Jahresabo: 78 DM

ermäßigtes Abo: 52 DM, Förderabo: 91 DM

Redaktionsanschrift

GNN-Verlag, Postfach 260 226, 50515 Köln.

Hausadresse: GNN-Verlag, Zölpicher Straße 7, 50674 Köln.

Telefon: 0221/21 16 58, Fax: 0221/21 53 73

Nummer 25/15. Jahrgang

15. Dezember 1994

G 7756 D Preis 2,00 DM

Nato nach Bosnien?

Deutsche Kriegspartei will militärische Gewalt

Am Montag dieser Woche hat der Nato-Oberbefehlshaber Europa auf einstimmigen Beschluß des Nato-Rates die Mitgliedsstaaten offiziell aufgefordert mitzuteilen, ob und in welchem Umfang sie sich an der Bereitstellung von Truppen beteiligen, die für den Fall eines Rückzuges der UN-Truppen (Unprofor) in Bosnien zum Einsatz gebracht werden sollen. Auch die BRD ist angefragt. Das Kabinett berät am Mittwoch, nach Redaktionsschluß, danach findet die Konferenz der Nato-Verteidigungsminister statt, auf der über den Umfang auch der deutschen Beteiligung gesprochen werden soll.

Die Pläne für den Rückzug von Unprofor und den Einsatz von bis zu 50 000 Nato-Soldaten werden in den nächsten Tagen fertiggestellt. Ob Unprofor tatsächlich abgezogen wird, ist zur Zeit wohl nicht entschieden. Mit Sicherheit aber sind der Rückzug der UN- und der Einmarsch von Nato-Truppen eine ernstzunehmende Option der Westmächte, Reaktion auf eine nicht erwartete Entwicklung in Bosnien.

Die vom Westen forcierte Großoffensive ist gescheitert

Eine Reihe erfolgreicher kleinerer Offensiven in den Sommermonaten hatte den Anschein erweckt, als könne die vom Westen ins Leben gerufene bosnisch-kroatische Föderation die militä-



Nach einem mehrtägigen öffentlichen Hungerstreik gegen die Bombenanschläge auf die prokurdische Zeitung „Özgür Ülke“, an dem sich zeitweise mehr als 100 Personen, vor allem KurdInnen und Kurden verschiedener Parteien, beteiligt hatten, demonstrierten am 10. Dezember in Köln zwischen 1000 und 2000 Personen gegen das Terrorurteil gegen die DEP-Abgeordneten und für die weitere Arbeit der Zeitung „Özgür Ülke“. Auf Spruchbändern und mit Fahnen dokumentierten sie ihre Verbundenheit mit dem kurdischen Freiheitskampf. Die Polizei griff ausnahmsweise die Demonstration nicht an. — (rül, Bild: af/mz)

rische Lage wenden und den größten Teil Bosniens unter Kontrolle nehmen. Die USA, Frankreich, Großbritannien und die BRD nötigten im Juni/Juli das fünfte Mitglied der Bosnien-Kontaktgruppe Rußland zur Zustimmung zu einem „Friedensplan“. Die Politischen Berichte schrieben damals, daß dieser Plan die Zustimmung der bosnischen Serben, die auf einen Korridor zur Bun-

desrepublik Jugoslawien hätten verzichten müssen, nicht erhalten werde, ja die Ablehnung beabsichtigt sei. Sein wesentliches Element war es, die bosnisch-kroatische Föderation der Unterstützung für eine Großoffensive gegen die bosnischen Serben zu versichern. Im Rückblick wird überdeutlich, wie die koordinierten Maßnahmen der Westmächte — „Friedensplan“, Schwächung

des Waffenembargos gegen Bosnien, Aufrüstung der bosnischen Truppen, zunehmender Einsatz von Nato-Flugzeugen gegen serbische Stellungen — die Izetbegovic-Truppen regelrecht zum Angriff anfeuerten. Tatsächlich schien es eine Zeitlang und noch bis vor kurzem, als könnten diese unter dem Luft-

Fortsetzung nächste Seite oben

Existenzminimum auch für Großverdiener frei

Die finanzpolitische Sprecherin der PDS im Bundestag Dr. Barbara Höll zu Waigels Steuerplänen

Zu dem in der vergangenen Woche von Bundesfinanzminister Waigel vorgelegten Konzept zur Steuerfreistellung des Existenzminimums erklärte die finanzpolitische Sprecherin der PDS im Bundestag, Dr. Barbara Höll, am 9. Dezember:

Die Bundesregierung war bemüht, die Diskussion über die auch aus Sicht der PDS verfassungswidrige Besteuerung des Existenzminimums aus dem Wahljahr 1994 herauszuhalten. Der Koalition war im Januar 1994 selbst ein Antrag, der von der Bundesregierung nichts weiter als einen Bericht über die derzeitige Höhe des Existenzminimums von

Kindern und Familien forderte, zu „gefährlich“. Die Koalitionsfraktionen ließen ihn im Plenum scheitern.

Während das Bundesverfassungsgericht pro Steuerpflichtigen zwischen 12 000/24 000 DM und 14 000/28 000 DM steuerfrei stellen wollte, hatte das Bundesministerium für Familie und Senioren den durchschnittlichen Sozialbedarf auf 15 048/30 096 DM beziffert und die vom Bundesfinanzminister beauftragte Expertenkommission das Existenzminimum bei 13 000/26 000 DM angesetzt. Doch bereits im Rahmen des Föderalen Konsolidierungsprogramms war das Existenzminimum verfassungswidrig berechnet worden. Verfas-

sungswidrig ist und bleibt auch das für ein Kind zugrunde gelegte Existenzminimum von 517 DM monatlich. Das zuständige Fachministerium sieht das übrigens auch so.

Der Bundesfinanzminister hat sich dafür entschieden, auch Groß- und Topverdienern Steuergeschenke zu machen. Denn wie anders ist der ab 1995 geltende neue Einkommenssteuertarif zu interpretieren, der z.B. Verheiratete mit einem Jahreseinkommen von knapp über 24 000 DM um 544 DM entlastet, während ein verheirateter Topverdiener mit einem Jahreseinkommen von 200 000 DM ab 1995 1 236 DM weniger Einkommenssteuer zahlen muß?

Von den Vorschlägen der Expertenkommission, die Steuerfreistellung des Existenzminimums von denen bezahlen zu lassen, die gut bis sehr gut verdienen, und zugleich Subventionen in der Landwirtschaft abzubauen oder Steuerschlupflöcher zu schließen, findet sich in Waigels Konzept nichts.

Die PDS lehnt dieses unsoziale und ungerechte Modell für die Freistellung des Existenzminimums entschieden ab. Wir fordern einen Einkommenssteuertarif, der die unteren Einkommen spürbar entlastet und der die höheren Einkommensbezieher stärker zur Kasse bittet.

(Pressemitteilung vom 9. 12. 94)

**Fortsetzung von Seite 1:
Nato nach Bosnien?**

schirm der Nato die von Rest-Jugoslawien politisch abgeschnittenen bosnischen Serben militärisch schlagen.

Doch der Angriff ist gescheitert. Er ist vor allem politisch gescheitert. Denn er konnte, da er nicht das Ziel eines für alle annehmbaren Friedens verfolgte, die für den militärischen Erfolg notwendige politische Unterstützung in der Bevölkerung Bosniens nicht finden. Er muß vielmehr, Berichten zufolge, von größeren Teilen auch der muslimischen Bevölkerung als große Last, neuer Auftakt zu endlos weiterem Abschlachten empfunden worden sein. Die von den bosnischen Serben im Verbund mit „abtrünnigen“ bosnischen Muslimen und Krajina-Serben eingeleitete Gegenoffensive hat zur Niederlage der bosnischen Truppen geführt und bei den Westmächten zur Erkenntnis, daß das von ihnen gestützte Izetbegovic-Regime politisch und militärisch nicht siegen kann.

Das ist der Hintergrund, vor dem die Nato-Mächte über ihr weiteres Handeln entscheiden.

Auf wahrscheinlich russische Initiative hat die Kontaktgruppe Modifizierungen am Friedensplan vorgeschlagen, die den bosnischen Serben die Möglichkeit zu einer Föderation zwischen den von ihnen dann kontrollierten Gebieten und der Bundesrepublik Jugoslawien eröffnet. Auch ein auf diese Weise modifizierter Plan würde Bosnien zerschlagen.

Aber nur neue Verhandlungen über einen Friedensplan können einen Weg zur Beendigung des Bürgerkrieges bahnen. An den Westmächten ist es, das Neuverhandlungen noch verweigernde Izetbegovic-Regime an den Verhandlungstisch zu bringen.

Das setzt auf ihrer Seite voraus, von allen Vorstellungen Abschied zu nehmen, den Konflikt in Bosnien zur Bedrohung Rest-Jugoslawiens zu nutzen und zu eskalieren.

Die Pläne zum Rückzug von Unprofor bei gleichzeitiger Entsendung von Nato-Truppen enthalten die entgegengesetzte Option: Schaffung einer eigenen Logistik für den Landkrieg in Bosnien, Errichtung eines Brückenkopfes, wobei sich die Nato in Kroatien festsetzen muß, Errichtung einer übergreifenden Front gegen Serbien.

Ziel ist dabei nicht, die Selbständigkeit Bosniens zu erhalten, sondern im Gegenteil selbst den Schein von Selbständigkeit zu beseitigen; nur als Kanonenfutter für die Nato sollen die bosnischen Truppen dann noch eine Rolle spielen. Für die Lösung des „Problems“ der Verbindungs- und Nachschubwege ist mit dem Anschluß Österreichs an die Europäische Union eine entscheidende Voraussetzung geschaffen.

**Deutsche
Kriegstreiber**

In der BRD waren schon die Reaktionen auf die Tornado-Anforderungen quer durch (fast) alle Lager gespalten. Das wird jetzt kaum anders sein. Vor allem zwei Probleme zwingen die Herrschenden zur Abwägung: Bei einem Einsatz militärischer Gewalt ist die BRD eine untergeordnete Macht, zur Selbständigkeit nicht fähig; sie verfügt nicht über ausreichend einsatzfähige Kampftruppen, höchstens im Rahmen des Eurocorps. Und dann ist Rußland, das dem Nato-Einsatz schwerelos zusehen wird, zumal es Soldaten in Bosnien hat, ein

großes Risiko. Aber davon läßt sich die Kriegspartei, die sich schon bei der Tornado-Frage lautstark zu Wort gemeldet hat, nur wenig beeindrucken. Schon vor der offiziellen Nato-Anfrage preschte etwa die Junge Union, ganz offensichtlich vorgeschickt von CDU-Fraktionschef Schäuble, vor und forderte die Aufhebung des Waffenembargos, Nato-Luftschläge, den Abzug von Unprofor: Die Nato müsse „den Schutz der Muslime und Kroaten gewährleisten“. (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 9. Dezember)

Für die Kriegshetzer solchen Schlages zählt, daß eine Politik, die nicht mit Blut besiegelt werden kann, schwächlich ist und abhängig bleibt, daß also die BRD sich als Kraft darstellt, die Blut vergießen kann. Sie rechnen sich Chancen auf Stärkung der BRD im Bündnis aus, weil die BRD aufgrund ihrer Wirtschaftskraft, aufgrund des EU-An-

schlusses Österreichs und der dominierenden Rolle in Kroatien die Logik beherrschen kann.

Und Rußland? Wer die Diskussion der Nato-Ratstagung und die russische Weigerung, das „Partnerschaft für den Frieden“-Abkommen zu unterzeichnen verfolgt hat, hat auch die Stimmen vernommen, die Rußland in die Schranken verweisen wollen, lieber früher als später, die unverhohlenen und drohenden, Ungarn, Tschechien, Slowakei, baltischen Staaten, auch Bulgarien, Rumänien und Slowenien als „klassischer deutscher Interessen“ stecken. (Rheinischer Merkur, 9. Dezember)

In der Verfolgung dieses Ziels kann der Versuch, Rußland vom Schauplatz Balkan zu vertreiben, durchaus als zukommener Auftakt zu einem als unausweichlich betrachteten Konflikt verstanden werden. — (maf, sc)



Historisch unbelastet ist eigentlich nur Mallorca, Herr General!

Karikatur: Wolf Schrader

AKTUELL IN BONN**Schengen bleibt strittig**

Auch ein Treffen des Exekutiv Ausschusses der Schengen-Staaten am 21. November in Heidelberg sowie weiterer Druck der Bundesregierung auf dem EU-Gipfel in Essen haben die bundesdeutschen Polizei-Fanatiker bei ihren „Europol“-Plänen nicht so weit gebracht, wie sie gerne wären. Auf der Tagung am 21. November in Heidelberg hatte es noch geheißt, nun könne auf der nächsten Tagung am 22. Dezember endlich der Termin für das „unwiderrufliche Inkrafttreten“ des Schengener Polizei-Datenverbundes und damit für das Projekt „Europol“ festgesetzt werden. Auf dem EU-Gipfel blockierte die französische Regierung dann erneut. Nunmehr sollen die Vorbereitungen „spätestens bis zum nächsten EU-Gipfeltreffen Ende Juni 1995“ im südfranzösischen Cannes abgeschlossen sein. Strittig sind jetzt u.a. noch die Aufgabe der „Terrorismusbekämpfung“, die Irland und Großbritannien nicht zum Aufgabenbereich von Europol machen wollen. Mitterrand ergänzte, es gehe so wieso nur um den Aufbau einer „Kommunikationsstruktur“, von einer von der BRD gewünschten „europäischen Polizei“ könne keine Rede sein.

Rüstungsexporte noch leichter

Nachdem die Bundesrepublik im vergangenen Jahr bereits zur zweitgrößten Rüstungsexportmacht der Welt aufgestiegen ist, hat die Bundesregierung

Anfang Dezember weitere Lockerungen für Rüstungsexporte beschlossen. Die zuständigen Ministerien verringerten die sogenannte „Länderliste“, d.h. die Liste der Länder, bei denen Exporte sog. „dual use Güter“, (Güter, die auch als Rüstungsgüter genutzt werden können) eine Sondergenehmigung brauchen. Bisher mußte bei 32 Staaten eine solche Sondergenehmigung eingeholt werden. Ab 1.1.1995 gilt diese Vorschrift nur noch für neun Staaten: Afghanistan, Ex-Jugoslawien, Libyen, Irak, Iran, Burma, Nordkorea, Somalia und Syrien.

„Kleine Leute-Buckel“

Bundesfinanzminister Waigels Vorschlag für die vom Bundesverfassungsgericht vorgeschriebene sogenannte „Steuerbefreiung des Grundeinkommens“ liegt nun vor. Sowohl SPD wie DGB kritisierten, daß der Vorschlag des Ministers — der vom Bundeskabinett bereits gebilligt wurde — eine Steuerentlastung selbst für Bezieher hoher und höchster Einkommen vorsieht, während das steuerfreie Grundeinkommen auf 12000 DM bzw. 24000 DM für Verheiratete begrenzt wurde. Darüber hat Waigel zudem einen sogenannten „Kleine Leute-Buckel“ (so der DGB) eingebaut, bei dem von Einkünften über dem Freibetrag — also immer noch in den unteren Einkommenszonen — bis zu 34% des den Freibetrag überschreitenden Einkommens als Steuer gezahlt werden müssen. Bei höheren

Einkommen sinkt dieser „Grenzsteuersatz“ dann wieder auf 25%.

Waigel: 15 Mrd. aus „Privatisierung“

Am 1. Dezember beriet das Bundeskabinett erneut über die Vorlage für den Haushalt 1995. Gegenüber der ersten Vorlage von Waigel aus dem Sommer ist die Neuverschuldung geringer angesetzt: Statt 68,7 Mrd. DM will Waigel jetzt 1995 „nur“ noch 58,6 Mrd. DM zusätzliche Schulden machen. Möglich wird diese „Einsparung“ durch Privatisierungen: Die Veräußerung der Deutschen Kreditbank, von Lufthansa-Anteilen und die Privatisierung der Rhein-Main-Donau AG bringt Waigel 7,6 Mrd. DM, 5,4 Mrd. DM kassiert er aus dem Eigenkapital der Ex-Staatsbank der DDR. Weitere 2,6 Mrd. DM Mehreinnahmen entstehen aus dem Vorziehen von Mineralölsteuern — die dann ein Jahr später fehlen werden.

100 Mrd. DM weniger Sozialkosten?

Die Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände hat auf ihrer Jahrestagung in Bonn eine Senkung der Sozialversicherungsbeiträge um 100 Mrd. DM im Jahr verlangt. Das entspräche einer Senkung der Sozialversicherungsbeiträge um 7 Prozentpunkte, behauptete BDA-Chef Murmann. In einem ersten Schritt sollten die Beiträge zur Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung von jetzt 40% auf 35% gesenkt werden. Weitere Kostensenkungen müßten beim Urlaubsgeld, bei den Jah-

resendvergütungen (Weihnachtsgeld u.ä.) sowie bei der Lohnfortzahlung erfolgen.

Weniger Früh-Rente

Zum 1. Januar 1995 tritt eine neuerliche Rentensenkung für Frühverrentete in Kraft. Grundlage ist eine Neufassung des „Arbeitsförderungsgesetzes“. Bisher galt, daß, wer ohne „wichtigen Grund“ in Frührente ging, 12 Wochen Sperrzeit beim Arbeitslosengeld erhielt. Diese Sperrzeit wird auf mindestens ein Viertel des Gesamtanspruches für Arbeitslosengeld ausgedehnt. Faktisch bedeutet das, daß Sperrzeiten von 8 und mehr Monaten möglich werden. Abfindungen, die auch bisher schon zu Kürzungen beim Arbeitslosengeld führten, wenn ohne Einhaltung der ordentlichen Kündigungsfrist gekündigt worden war, führen ab 1.1.1995 noch stärker zu Kürzungen beim Arbeitslosengeld. Künftig wird das Arbeitslosengeld auch dann gemindert, wenn die Kündigungsfrist eingehalten wurde, aber ohne „wichtigen Grund“ gekündigt wurde.

Was kommt demnächst?

Am 15. Dezember beginnt im Bund die Schlußdebatte über den Haushalt 1995. Am 16. Dezember ist die nächste Sitzung des Bundesrates. Am 17. Dezember sind Landesparteitage der CDU und der SPD in Thüringen. Am 19. Februar sind die Landtagswahlen in Hessen.

Pieroth und Waigel contra PDS: Gericht weist Steuerforderung ab

Der Versuch der Finanzbehörden, die PDS mittels Steuerpfändung lahmzulegen, ist in der ersten Runde gescheitert

Jetzt weiß man, warum CDU und CSU vor den Bundestagswahlen eine endgültige Einigung zwischen der Unabhängigen Parteienkommission und der PDS über das sogenannte „Altvermögen“ der Partei blockierten. Vermutlich planten Waigel und der berüchtigte Wein/Glykol-Händler Pieroth, derzeit Senator für Finanzen in Berlin, schon damals, die PDS unmittelbar nach den Wahlen mit ihrer Steuerforderung zu attackieren. Der Wahlerfolg der PDS bei den Wahlen war der erste Rückschlag für diese Pläne. Jetzt hat das Berliner Verwaltungsgericht auch die Steuerattacke zurückgewiesen: Da sich die Forderung auf Altvermögen bezieht, dieses Altvermögen aber komplett bei der Treuhand liegt bzw. von der Unabhängigen

Parteienkommission verwaltet wird, muß die Steuerforderung — wenn überhaupt — auch aus diesen Mitteln erfüllt werden. Dabei zeichnet sich ab, daß Treuhand, Parteienkommission und Gerichte am Ende auch die materielle Berechtigung der Steuerforderung verwerfen werden. Zu durchsichtig ist der Versuch der Unionsparteien, die Steuerbehörden als Mittel im Parteienkampf einzusetzen, daß sich selbst Waigels eigene Ämter — die Treuhand untersteht ihm direkt — gegen solche Sittenverwilderung, Rechts- und Vertragsbrüche verwahren. Wir dokumentieren Erklärungen von Pieroth, der Treuhand, der Unabhängigen Parteienkommission und der PDS. — (rül)

Finanzsenator Pieroth (CDU)

„Berliner Finanzämter sind nicht erpreßbar“

„Die Höhe der Forderung des Finanzamtes für Körperschaften resultiert aus der mangelnden Kooperation der PDS. Bisher konnten mögliche steuermindernde Tatbestände wegen der Verweigerungshaltung der PDS kaum berücksichtigt werden. Gysi und Bisky müssen jetzt Antworten geben. Zu viele Fragen über den Verbleib des SED-Milliardenvermögens sind auch gegenüber der Unabhängigen Kommission und der Treuhand offen geblieben. Ein anderes Vorgehen des Finanzamts wäre vor diesem Hintergrund unverantwortlich gewesen. Die Steuergesetze, und nicht die Zahl der auf Gysi und Bisky gerichteten Kameras, entscheiden diesen Steuerfall. Die PDS wird wie jeder normale Steuerzahler behandelt. Die Berliner Finanzämter sind nicht erpreßbar.“ (Presseerklärung, 5. Dezember)

Die Treuhand

Mittel aus dem Altvermögen freizugeben

„Die Treuhandanstalt hatte der Unabhängigen Kommission mit Schreiben vom 24. November mitgeteilt, daß eine Überprüfung des Steuerbescheids, den die PDS erhalten habe, ergeben habe, daß die Steuerschuld — sofern die tatsächlichen und rechtlichen Feststellungen der Finanzverwaltungen zutreffen sollten — als Altverbindlichkeiten zu qualifizieren sind. Die Treuhandanstalt hat ferner die Unabhängige Kommission um das Einvernehmen gebeten, aus dem unter ihrer Verwaltung stehenden Altvermögen der PDS/SED einen entsprechenden Betrag zur Begleichung der Steuerschuld zur Verfügung zu stellen ... Die Unabhängige Kommission ist in ihrer Sitzung am Dienstag, den 29.11.1994 diesem Vorschlag der Treuhand nicht gefolgt.“ (30. November)

Unabhängige Parteienkommission

Entgegen dem Willen des Einigungsvertrags

„Die Mitglieder der Unabhängigen Kommission zur Überprüfung des Ver-

mögens der Parteien und Massenorganisationen der DDR (UKP), Lothar Anys, Barbara Erdmann, Dr. Volker Manhenke, Georg Reinicke, Dr. Andreas Schönfeldt, Gerhard Zerth, Georg Zschornack schließen sich der Presseerklärung des UKP-Mitglieds Arne Börnsen (SPD-MdB) vom 1.12.1994 an:

1. Es war politischer Wille der Volkskammer 1990, daß die ehemaligen Staats- und Blockparteien ihre gewerblichen Besitze veräußern sollten. Es war Wille des Einigungsvertrages, diese Veräußerungsgewinne für gemeinnützige Zwecke in den neuen Ländern zur Verfügung stellen zu wollen.
2. Es ist demgegenüber absurd, wegen der Veräußerung von Immobilien den Organisationen, hier der PDS, eine gewerbliche Tätigkeit zu unterstellen und sie damit zur Körperschaftssteuer heranzuziehen.
3. Das Vorgehen mag formaljuristisch korrekt sein, widerspricht jedoch diametral dem Einigungsvertrag und dem Willen, das ehemals zusammengeraubte Parteivermögen für gemeinnützige Zwecke zur Verfügung zu stellen. Der Widerspruch muß politisch und ggf. durch den Gesetzgeber beantwortet werden. Bis dahin jedoch muß die Vollstreckung unbefristet und ohne Bedingungen ausgesetzt werden.
4. Wird das Vorgehen auch nur teilweise realisiert und die Forderung vollstreckt — z.B. durch Einbehaltung der Wahlkampfkostenerstattung —, dann gilt das Prinzip für alle Parteien und Massenorganisationen. Auch bereits abgeschlossene Vergleiche, wie mit dem DGB, stünden zur Disposition. Sollte die Frage juristisch geklärt werden, verdienen sich Anwälte an den Verfahren eine goldene Nase — zu Lasten der gemeinnützigen Verwendung des Vermögens. Und den Rest frißt die Verwaltung, die über Jahre durch die Treuhand und Kommission aufrechterhalten werden muß. Eine peinliche Perspektive!“

PDS-Schatzmeister Bartsch

„... absurd und rechtsstaatswidrig“

Die Steuerforderung von mehr als 67 Mio. DM für das 1. Halbjahr 1990 an die PDS dürfte zum Absurdesten gehören, was die deutsche Steuergeschichte jemals hervorgebracht hat. (...)

1. Die Buchungsunterlagen des Parteivorstandes der PDS für das 1. Halbjahr 1990, die Grundlage jeder Steuererklärung sein müssen, befinden sich seit dem 26. Oktober 1990 (!) nicht mehr bei

der PDS, sondern bei der Unabhängigen Kommission zur Überprüfung der Parteivermögen. Wenn die PDS Erklärungen zum Beispiel gegenüber dem Deutschen Bundestag, dem Finanzamt oder anderen Behörden abgeben wollte und Unterlagen benötigte, mußten wir stets entsprechende Anträge bei der Unabhängigen Kommission stellen. Es ist deshalb eine Unverschämtheit zu behaupten, die PDS halte Unterlagen, die diesen Steuerbescheid betreffen, zurück.

2. Der größte Teil des im Bescheid behaupteten „Gewinns aus Gewerbebetrieb“, den wir grundsätzlich bestreiten, fiel bei der ZENTRAG an (84249654,86 M). Die ZENTRAG steht unter treuhänderischer Verwaltung, der Geschäftsführer ist ein Treuhandmann. Selbstverständlich hat die PDS Auskünfte von der ZENTRAG erbeten. Diese trafen allerdings erst nach der Erteilung des Steuerbescheids ein. Daraus geht hervor, daß die ZENTRAG im 1. Halbjahr 1990 Steuern in Höhe von über 22 Mio. Mark bezahlt hat. Dies hat die Steuerbehörde bewußt nicht zum Kenntnis genommen. Dies hätte jedoch zu jeder normalen Amtsermittlung gehört.

3. Bei den Steuern, die im ZENTRAG-Bereich entstanden, wird die Absurdität offenkundig. Die PDS wies im 1. Quartal 1990 der ZENTRAG eine Summe von 80,1 Mio. Mark zu. Diese Zuweisung erfolgte zweckgebunden für Preisstützung der Parteipresse, einschließlich der ehemaligen SED-Bezirkszeitungen. Dies war deshalb notwendig, weil nach DDR-Gesetzen die Preise für Zeitungen nur jeweils mit einer Frist von 4 Wochen zum Quartal verändert werden durften. Demzufolge konnten alle ehemaligen SED-Zeitungen, wie im übrigen auch alle anderen Presseorgane der DDR, ihre Einzelverkaufspreise erst zum 1. April 1990 ändern. Hätten diese Zeitungen keine Zuweisungen erhalten, wäre ihre Existenz nicht gewährleistet gewesen. Als SED-Nachfolgepartei sah die PDS sich in der Verantwortung, dies nicht zuzulassen. (...) Wenn es überhaupt einen Nutznießer gibt, und das ist die Ironie der Geschichte, dann sind es die westdeutschen Großverlage Springer, Bauer, Gruner & Jahr, Burda, die die SED-Bezirkszeitungen ... gern übernommen haben.

6. ... ist es daher nur folgerichtig, daß die ... „Treuhand“, die im Auftrag der Treuhandanstalt eine Stellungnahme zum Finanzbescheid des Berliner Finanzamtes abgegeben hat, feststellt: „Materiell-rechtlich bestehen ... erhebliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit des zusammengefaßten Bescheids.“ (aus einem Flugblatt des PDS-Parteivorstandes vom 2. Dezember 1994)

Das Presseecho klang, als hätte die SPD am Nikolaustag einen Beschuß in der Tradition der siebenziger Jahre gefaßt. Damals gab es Verbote jeglicher Zusammenarbeit, wurden in den Gewerkschaften die Unvereinbarkeitsbeschlüsse und im Staat die Berufsverbote losgetreten. Das jetzt beschlossene Papier enthält derartiges nicht. Der enge zeitliche Zusammenhang mit dem Griff nach der finanziellen Unabhängigkeit der PDS läßt aber vermuten, daß Kohl und Scharping eine kombinierte Strategie ausgemacht haben. Hier ein Auszug aus dem Papier:

„Politischer Umgang mit der PDS“

Mit der PDS muß eine harte inhaltliche Auseinandersetzung geführt werden. Die PDS ist ein politischer Gegner, der auch seinerseits im Wahlkampf und in der langfristigen Strategie die SPD zu ihrem Hauptgegner gemacht hat. Sie ist nicht die linkere Sozialdemokratie,

SPD-Beschluß zur PDS

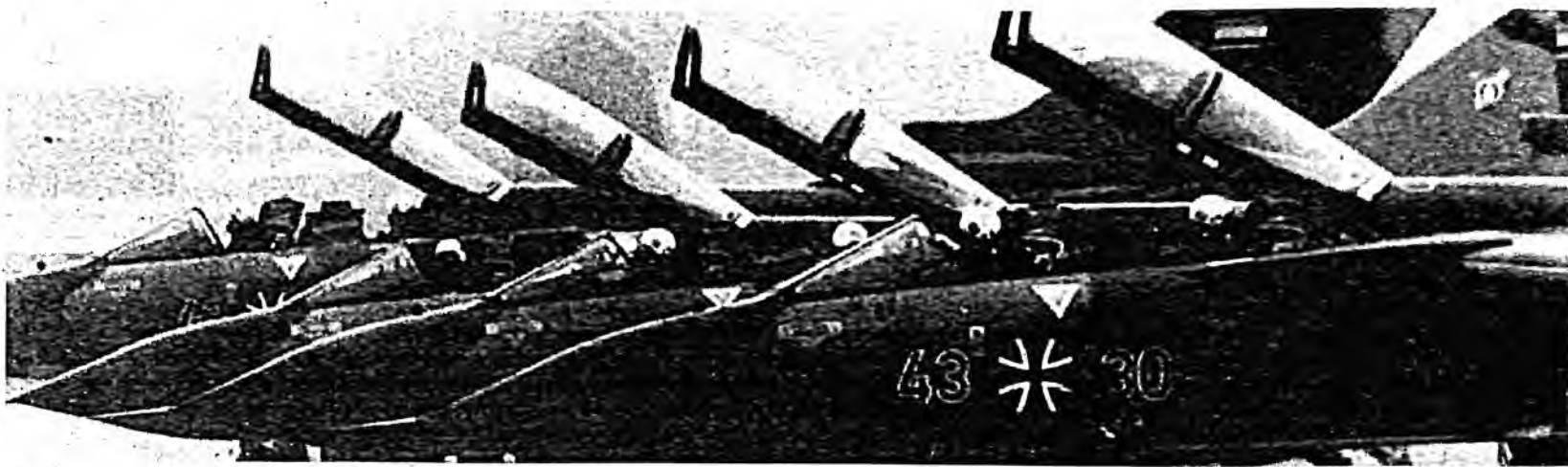
sondern die Nachfolgepartei der SED. Deshalb ist klare Abgrenzung in der Sache nötig, wie sich aus den unterschiedlichen Programmen leicht erschließt. Eine solche Abgrenzung in der Sache, wie sie gegenüber allen konkurrierenden Parteien notwendig ist, bedeutet nicht, daß die Wählerinnen und Wähler der PDS ausgegrenzt werden sollen. Es können der PDS auch nicht die parlamentarischen Mitwirkungsmöglichkeiten versagt werden. Das würde sie in einer Märtyrerrolle bringen und vermutlich breite Solidarität in Ostdeutschland auslösen. Normale parlamentarische Kontakte stellen kein Problem dar, sie gehören zu einer funktionsfähigen Demokratie. Koalitionen auf Landes- oder Bundesebene mit der PDS kommen nicht in Betracht. Wo die SPD an der Regierung beteiligt ist, ist die PDS in der Opposition, wo die SPD selber in der Opposition ist, gibt es keine Koalition in der Opposition.

Auf der anderen Seite wird die SPD nicht deshalb auf ihre Initiativen verzichten, weil die PDS möglicherweise zustimmen könnte. Auf der kommunalen Ebene, wo alle Parteien schon aufgrund der Gemeindeordnungen zusammenarbeiten müssen und dies in der Praxis auch tun, ist eine Abgrenzung gegenüber der PDS über die inhaltliche Auseinandersetzung unverzichtbar.

Es kann offenbleiben, oder die PDS nur eine Erscheinung des Transformationsprozesses in Ostdeutschland ist und nach Abschluß dieses Prozesses von selber verschwinden wird. Die offensive Auseinandersetzung ist jetzt notwendig. Die SPD kann nicht zulassen, daß ihre Mehrheitsfähigkeit durch die Existenz einer Partei beeinträchtigt wird, die sich links von ihr in den Parlamenten etabliert. Diese Auseinandersetzung kann und muß selbstbewußt geführt werden. Die Gründungsgeschichte der SPD in Ostdeutschland und die Rolle der SPD als gesamtdeutsche starke und durchsetzungsfähige Partei bieten Vorteile, die es zu nutzen gilt.“

Was blüht dem Ostler, der sich auf die Avancen der SPD einläßt? Das steht im selben Papier unter:

„Innerparteiliche Bildung und Qualifizierung: „Von zentraler Bedeutung sind dringend notwendige Trainingsprogramme für ostdeutsche Mandatsträger. Durch persönliche Ansprache und attraktive Angebote ist die Personengruppe für spezielle Qualifizierungsangebote zu gewinnen. Rhetorikunterricht, Medientraining u.ä. sind individuell zu entwickeln. Der durchaus hohe Aufwand (Einzeltraining etc.) darf nicht gescheut werden!“ — (maf)



Die Strategie der NATO in Europa

Von Heiko Kretschmer

Ende November platzte in Brüssel ein Gipfeltreffen der NATO-Staaten, als der russische Außenminister Kossyrew sich vor den versammelten Kollegen weigerte, den gemeinsamen Vertrag für eine Partnerschaft für den Frieden (partnership for peace, PfP) zu unterzeichnen. Nur wenige Tage später nahm die Weltöffentlichkeit entsetzt zur Kenntnis, daß das Gipfeltreffen der KSZE ohne einen Beschluß zum Bosnien-Krieg zu Ende ging, weil die russische Delegation der vorgelegten Resolution nicht zustimmen wollte. Sind diese beiden Ergebnisse nun Ausdruck eines neuen Nationalismus in Rußland, der russisch-serbischen Achse auf dem Balkan oder der Handlungsunfähigkeit europäischer Sicherheitsstrukturen?

Auch wenn das Bundesverfassungsgericht in seinem „denkwürdigen“ Urteil zu dem Schluß gekommen ist, daß kollektive Verteidigungsbündnisse (hier: NATO) und kollektive Sicherheitssysteme (hier: UNO) das gleiche seien, so ist es doch unter ernstzunehmenden Völkerrechtlern und Politikern unbestritten, daß hier ein erheblicher Unterschied besteht. Die NATO ist eben ein System, das seine eigene Kraft nach außen wendet, das also versucht, Frieden durch Abschreckung herzustellen, und seinen Mitgliedsstaaten Sicherheit vor Angriffen von außen bietet. Die Systeme kollektiver Sicherheit, wie die UNO eines sein möchte, bieten diesen Schutz dagegen vor Angriffen anderer Mitgliedsstaaten. Der Unterschied ist frappierend, denn letztlich steckt hinter der Errichtung eines kollektiven Sicherheitssystems die Aufgabe des Gewaltmonopols des Staates zugunsten eines Gewaltmonopols eines gemeinsamen Sicherheitssystems. Inwieweit die UNO dies ist oder die KSZE ein solches Sicherheitssystem werden kann, soll nicht Gegenstand der folgenden Überlegungen sein, vielmehr soll diese Unterscheidung zwischen UNO und NATO nochmals so deutlich herausgehoben werden, weil einige militärische und politische Köpfe seit Monaten gezielt versuchen, diese Grenzziehung zu verwischen. Sie tun dies nicht, um die NATO in ein System kollektiver Sicherheit zu überführen, wie gerne behauptet wird, sondern um das genaue Gegenteil zu erzielen.

Nach der Krise der Militärs, die sich auftut, als alle Welt über Friedensdividende und umfassende Abrüstung und Demilitarisierung Europas sprach, weil der Begründungszusammenhang für Militär — der Ost-/West-Gegensatz — weg war, ist es den militärisch denkenden Menschen gelungen, wieder hegemonial in den Debatten der bundesrepublikanischen Gesellschaft zu werden. Zwar sind hierzulande die Vorbehalte noch weit größer als in anderen europäischen Staaten (nicht zuletzt in Frank-

reich), dennoch schwingen mehr und mehr auf diese militärisch begründete Logik ein. Höhepunkte sind dann jene Linken, die wie der Bellizist Poppe (MdB, Die Grünen) eine „humanistische Intervention zur Wiederherstellung eines multikulturellen Bosnien“ fordern. Diese unvorstellbare Tagträumerei (soll da neben jeder Haustür ein Soldat stehen, der die Multikulturalität bewacht?) liefert denjenigen immer wieder Auftrieb, die am Beispiel Bosniens die Militarisierung unserer Außenpolitik exekutieren wollen. Allen voran: unser Bundesaußenminister Klaus Kinkel und der inzwischen verstorbene NATO-Generalsekretär Manfred Wörner.

Fast schon schamlos wurde das Sterben in Bosnien ausgenutzt, militärisch und politisch unsinnige NATO-Angriffe zu fliegen und einen bosnischen Präsidenten Izetbegovic zu unterstützen, der inzwischen in Menschenrechtsverletzungen und Brutalität dem Serbenführer Karadzic wohl in nichts mehr nachsteht. Offenbar ging es der NATO nie um die Menschenleben, die Wiederherstellung eines Friedens oder wenigstens eines Waffenstillstandes. Nicht einmal die einseitige Verteidigung der bosnischen Muslime war ihr wirkliches Ziel, denn letztlich haben sich die Prophezeiungen bewahrheitet, daß das Eingreifen der NATO die Serben einem militärischen Sieg immer näher bringt, da die muslimischen Bosnier zu einem militärisch unsinnigen Vorgehen übergingen, das die NATO zu einem direkten Eingreifen zugunsten der muslimischen Bosnier zwingen sollte. Doch da das Interesse der NATO ein anderes war, mußten die Bosnier in die Falle laufen und jämmerlich darin umkommen.

Die NATO hat ein erklärtes politisches Ziel: Die eigene Sinngebung muß wieder gefunden werden. Dazu haben die führenden PolitikerInnen und Militärs die Humanität für sich entdeckt. In ihrem Auftrag soll agiert werden. Zumindest soll so getan werden. Repräsentiert wird die Humanität in den Augen der meisten Menschen in Europa durch die UNO. Da die UNO aber angeblich so zahnlos ist, mit anderen Worten, weil die UNO nur ein politisches, aber kein militärisches Organ ist, muß also eine Armee für die UNO her: die NATO. Doch gleichzeitig wird in den USA heftig diskutiert, ob die USA sich nicht langsam wieder mehr nationale Spielräume jenseits der UNO eröffnen müssen. Dort wird befürchtet, daß andere Veto-Mächte oder insgesamt die Staatengemeinschaft doch nicht immer den USA und der NATO hinterhertraben. Aus diesem Grund befand der damalige NATO-Generalsekretär Wörner auch, daß die NATO im Geiste der UNO handeln müsse, und zwar auch dann, wenn die UNO durch politische Prozesse blockiert sei, Beschlüsse zu fassen.

Sprich: Die NATO definiert, was die UNO eigentlich will, aber nicht sagen kann.

Als ob dies noch nicht genügend Sprengstoff bietet, hat sich die NATO-Führung — übrigens durchaus in Abstimmung mit der WEU und zumindest Teilen der EU — ein weiteres Ziel gesteckt: die Osterweiterung. Unbestritten ist, daß Osteuropa unsere Hilfe besonders benötigt. Wer einer weiteren Destabilisierung Osteuropas entgegenwirken möchte, der muß Unterstützung für die anstehenden Prozesse leisten, eine Unterstützung, die in erster Linie den sozial Schwachen und Ausgegrenzten zugute kommt. Eine langfristige Perspektive kann daher sehr wohl die Osterweiterung der Europäischen Union sein, sofern dies nicht in einem schlagartigen Anschluß geschieht, wie wir es in der ehemaligen DDR erleben mußten. Da allen klar ist, daß dies ein langfristiges Vorhaben ist, soll nun bereits kurzfristig sichergestellt werden, daß diese Länder alles auf den Beitritt orientieren und nicht auf die Idee kommen, einen eigenen Wirtschaftsraum herzustellen, der dann geschlossen entwickelt werden könnte und ebenso geschlossen die Beitrittsverhandlungen mit der EU aufnimmt. Dazu wird ein Keil mitten durch Europa getrieben: Die NATO soll einer Reihe von osteuropäischen Staaten den raschen Beitritt anbieten, aber nicht allen (z.B. Ukraine, Rumänien).

Doch genau diese Osterweiterung der NATO bis an die Grenzen der ehemaligen Sowjetunion liefert den Militärs in Rußland einen gelungenen Anlaß, das alte Blockdenken hochzuhalten und den alten Feind NATO zu bemühen. Wenn die NATO nun Rußland einen Partnerschaftsvertrag anbietet und gleichzeitig erklärt, Rußland habe weder eine Beitrittsperspektive noch ein Mitspracherecht über den Beitritt der osteuropäischen Staaten, liegt es auf der Hand, daß die russische Regierung eine solche Partnerschaft ablehnt.

Dies hat jedoch sein Pendant in der Außenpolitik der USA und der NATO. Auch dort ist längst altes Feindbilddenken wieder eingezogen. Der wohl wichtigste Berater republikanischer Außenpolitik in den letzten Jahrzehnten, S. Huntington, skizzierte in einem Aufsatz im letzten Jahr auch schon die entsprechenden Konfliktlinien. Der Globus bestehe aus sieben miteinander konkurrierenden Zivilisationen, deren Konflikte in ihren Grenzbereichen kriegerisch ausgetragen werden. In Europa stehen sich die christlich-westliche und die orthodox-östliche Zivilisation gegenüber. Der Bosnien-Krieg sei letztlich der wichtigste Ausdruck dieses Krieger der Zivilisationen („clash of civilisations“). Interessanterweise ordnet Huntington dann die mittel- und osteuropäischen Staaten dem jeweili-

gen Zivilisationstypus zu und erhält so die gleiche Grenzziehung, um die sich die NATO und die EG bemühen, wenn sie ihre eigene Osterweiterung diskutieren. Da wird Politikwissenschaft offenbar zum Erfüllungsgehilfen machtpolitischer Vorgaben.

Inmitten dieser aggressiven Politik der NATO steht nun die KSZE bzw. die OSZE und versucht, eine eigene Politik zu entwickeln. Da jedoch insbesondere die westeuropäischen Staaten die KSZE längst als Spielwiese betrachten und wieder der militärischen Denklage der Außenpolitik anheimgefallen sind, ist es kein Wunder, daß dieses Instrument einer gemeinsamen Sicherheitspolitik zum Scheitern verurteilt ist und eine zunehmend alberne und handlungsunfähige Figur abgibt. Dies, obwohl gerade mit zunehmendem Engagement der NATO deutlich wird, daß einzig ein solches Sicherheitssystem eine politische Alternative bieten könnte. Sicherlich stellt ein kollektives Sicherheitssystem in Europa, in einem der drei Triadenzentren, nicht den Ausbruch des Weltfriedens dar, sicherlich wird dies auch nicht zur Überwindung der herrschenden Kapitallogik beitragen. Aber ein solches Regulierungssystem ist eine in der Vergangenheit durchaus schon erfolgreiche Möglichkeit, innerhalb des Kapitalismus befriedend einzugreifen und Konflikte im Vorfeld zu regulieren. (Auch dies ein Grund, warum Konservative in den USA sich nicht zu eng an die UNO binden wollen.)

Bleibt dazwischen die Bundesrepublik: Sie hat sich längst als eine treibende Kraft dieser neuen Militarisierung entpuppt. Nabelingendes Ziel ist der ständige Sitz im Sicherheitsrat der UN. Dazu wird alles getan, um die stärkste Vetomacht in der UNO, die USA, freundlich zu stimmen. Besonders plump war dabei der jüngste Versuch einiger Militärs, sicherlich in Abstimmung mit dem Auswärtigen Amt: Sie fragen über die NATO bei der eigenen Regierung an, ob nicht die Bundesrepublik Tornado-Flugzeuge nach Bosnien schicken könne. Doch das war sogar dem Kanzler zu dämlich, die knappe Koalitionsmehrheit für ein Eingreifen in einen mittlerweile sogar von den USA verlorenegegebenen Krieg zu gefährden. Er soll gar erbost gewesen sein über die eigenen Militärs. Doch diese verstehen das — zu Recht — nicht, denn letztlich versuchen sie nur, die politischen Vorgaben umzusetzen. (Bedauerliche Randnotiz: Nur der Seniorenbeauftragte der SPD, ein gewisser Herr Klose, hat diesen Trick nicht verstanden und mußte dann doch noch an die Presse herantreten und einen Einsatz der Tornados fordern. Aber der Herr wird halt nicht jünger.)

Heiko Kretschmer ist stellvertretender Bundesvorsitzender der Jungsozialisten

Kanther jagt Kurden Razzien im Süden

Berlin: Offener Brief von 60 Abgeordneten an Kinkel gegen seine Kurdistan-Politik

Die Bundesregierung läßt sich auch durch die weltweiten Proteste gegen die Bombenanschläge auf die prokurdische Zeitung *Özgür Ülke* und gegen die Terrorurteile gegen die acht DEP-Abgeordneten in Ankara in ihrer Kurdenverfolgung nicht beirren: Die Kurdenverfolgung in der BRD und die Waffenhilfe an das türkische Regime gehen ununterbrochen weiter.

Am vergangenen Donnerstag fanden in Hessen, Baden-Württemberg und Bayern erneut länderübergreifende Razzien gegen kurdische Einrichtungen statt. Insgesamt 76 Wohnungen und Vereinsräume wurden durchsucht, Lastwagen-Ladungen von Informationsmaterialien, Akten usw. erneut beschlagnahmt.

Zum Teil hatten die kurdischen Vereine erst wenige Tage vorher ihre Materialien zurückerhalten, nachdem das Bundesverwaltungsgericht den Vollzug der im November 1993 verhängten Verbote weitgehend aufgehoben hatte. Offensichtlich bereitet die Bundesre-

gierung eine neue Welle von Verboten kurdischer und womöglich auch deutsch-kurdischer Vereine vor, dieses Mal wegen „Unterstützung der PKK bzw. ERNK“, verbunden mit einer Ausweitung der Strafverfolgung auch auf deutsche „Unterstützer“. Das Strafmaß für solche „Straftaten“ kann laut Vereinsgesetz bis zu 5 Jahre Haft betragen.

Vermutlich ist nur noch eine große, parteienübergreifende Koalition von zahlreichen gesellschaftlichen Kräften in der Lage, der menschenverachtenden Kurdenpolitik dieser Regierung in den Arm zu fallen und den völkischen Hetzjagden der Polizei gegen kurdische Einrichtungen, Vereine und Personen ein Ende zu machen.

Ein Schritt in diese Richtung ist der offene Brief, den 60 Abgeordnete des Berliner Abgeordnetenhauses in der vergangenen Woche nach dem Terrorurteil von Ankara gegen die DEP-Abgeordneten unterzeichneten und den wir im nebenstehenden Kasten dokumentieren. — (rül)

Offener Brief an Außenminister Kinkel

Berlin, den 9. Dezember 1994
Sehr geehrter Herr Kinkel,
so wie Sie haben auch wir mit Betroffenheit die Verurteilung der acht kurdischen Politiker und Politikerinnen durch das Staatssicherheitsgericht in Ankara zu Haftstrafen zwischen dreieinhalb und 15 Jahren zur Kenntnis genommen. Doch angesichts der Realitäten reicht unserer Meinung nach Betroffenheit allein nicht aus. Kurdische Flüchtlinge sind aus Angst um das nackte Leben aus ihrer Heimat nach Deutschland geflohen, in der Hoffnung auf Hilfe und Überleben. Hier sehen sie sich häufig von Abschiebung bedroht.

Die Bundesregierung darf die Augen nicht verschließen vor dem massiven Vorgehen der türkischen Regierung gegen das kurdische Volk. Spätestens die Zerstörung der Redaktionen der prokurdischen Zeitung *Özgür Ülke* in Istanbul und Ankara zeigt, daß es in der Türkei kaum noch sichere Orte für Kurdinnen und Kurden gibt. Vielmehr wird anhand dieser Fakten deutlich, daß in der Türkei elementare Menschenrechte und die Demokratie mit Füßen getreten werden.

Helfen Sie mit, die Waffenlieferungen Deutschlands in die Türkei zu beenden. Fordern Sie im Namen der Menschlichkeit die türkische Regie-

rung auf, die Waffen zum Schweigen zu bringen und mit allen Beteiligten in Verhandlungen für eine friedliche Lösung zu treten.

Sehr geehrter Herr Kinkel, den Kurdinnen und Kurden, die aus Deutschland abgeschoben werden sollen, drohen in der Türkei Verfolgung, Inhaftierung und oftmals der Tod. In den türkischen Gefängnissen gehören Folter und Terror zum Alltag.

Wir Mitglieder des Berliner Abgeordnetenhauses bitten Sie dringlichst, Ihre Autorität im Interesse der humanitären Rechte einzusetzen und nicht tatenlos zuzusehen, wie die kurdischen Politiker und Politikerinnen eingekerkert werden. Verlangen Sie ihre unverzügliche Freilassung!

Fordern Sie die türkische Regierung zum Waffenstillstand und zu Verhandlungen mit allen Beteiligten auf!

Treten Sie für ein Verbot jeglicher Waffen- und Militärhilfe an die Türkei ein! (Es folgen 67 Unterschriften, darunter Parlamentspräsidentin Hanna-Reinhold Laurien (CDU), der ausländerpolitische Sprecher der SPD, Eckart Barthel, der ausländerpolitische Sprecher der FDP, Thomas Seerig, der Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen, Wolfgang Wieland, der PDS-Fraktionsvorsitzende Zolt sowie 62 weitere Abgeordnete.)

„Dersim wird in Schutt und Asche gelegt“

Hüseyin Zel über den Kriegsverlauf in Dersim / Gewinnt die Guerilla, ist der Sieg greifbar nahe

Der erste Aufstand gegen die Türkische Republik fand in Kocgiri-Dersim statt. Das war 1920 bis 1921. Das kurdische Volk in Kocgiri-Sivas sah die aufkommende Gefahr des Völkermords an den Kurden. Als Kemal Atatürk zwecks Organisation seiner höchst zweifelhaften „bürgerlich-nationalistischen Befreiungsbewegung“ auf dem Weg zum Kongreß in Erzurum hin- und zurückreiste, mied er bewußt die Gebiete von Kocgiri und Dersim. Er hatte eine begründete Angst vor dieser Region. Damals hatte sich das kurdische Volk in der Region Kocgiri und Dersim gemeinsam zum Aufstand und zur Befreiung verschworen. Sie übergaben Ankara eine historische Note, in der u.a. stand: „Entweder wir bekommen unsere Rechte, oder wir werden sie uns mit Gewalt nehmen!“

Dersim wird nie wieder Tunceli (so die kolonialistische Bezeichnung der Region, d. Red.) werden! Das ist nun entschieden. Einer der Gründe, warum Dersim diesen höchst konzentrierten Angriffen des türkischen Staates ausgesetzt ist, liegt u.a. darin, daß der türkische Staat die Verankerung und die Positionierung des revolutionären Kampfes in Kocgiri-Sivas, Malatya und Erzincan verhindern will. Daß der Spezialkrieg das nicht erreicht hat, ist eine andere Geschichte.

Das Ziel der Angriffe der TR auf Dersim ist: Das Volk soll gänzlich zum Schweigen gebracht werden, Passifikation und Vernichtung in nationaler Dimension. Dersim wird in Schutt und Asche gelegt. Bisher wurden Dutzende von Dörfern entvölkert, diese wurden aus der Landkarte ausradiert. Die Köpfe des Spezialkriegs bezeichneten diese Operationen als die bisher umfangreichsten des gesamten Krieges!

Die Wälder werden niedergebrannt, die Berge tonnenweise bombardiert.

Dersim wird von Lebenwesen gesäubert, alles, was hierfür erforderlich ist, wird hemmungslos umgesetzt. Dersim wird erneut Opfer eines Massakers, eines Massakers, das noch tödlicher und umfangreicher verläuft, als es 1938 der Fall war. Die Parallelen zu der Geschichte dieser Region, die als „das Dach des kurdischen Widerstandes“ bezeichnet wird, sind eine nicht minder zu beachtende Eigenschaft dieser Region.

Früher bezeichnete der türkische Staat diese Form der Operationen als „reißender Fluß“: Alles wie ein reißender Fluß wegzufegen und so mit den Kurden endgültig abzurechnen. Eigentlich sind auch solche Begriffe unzureichend. Sie geben nur mangelhaft das Ausmaß der Abschachtung und Vertreibung wider. In unserem Fall sind Begrifflichkeiten, Worte nur der oberflächliche Ausdruck des Geschehens. *Barbarei oder Befreiung, nie waren diese Begriffe den Kurden in dem Maße realer Inhalt wie jetzt.*

Das Schlimmste und Unfaßbarste ist jedoch, daß die Weltöffentlichkeit sich in Schweigen hüllt. *Wie sollte es dem Verfasser dieser Bewertung gelingen, die grenzenlose Einsamkeit, in der die Kurden den Völkermord erleben, zu übermitteln? Und ich wüßte nicht, hier, jetzt, sofort anzugeben, was es ist, das dem aufmerksamen Mitmenschen mit bedrückender Unmittelbarkeit es verrät. In einer solchen Situation begreift das kurdische Volk, daß es in das Nichts verbannt werden soll, es begehrt auf, es begehrt, alles zu ändern.*

Es scheint wahr zu sein, wie ein alter französischer Bauernspruch besagt: Niemand ist so taub, wie derjenige, der nicht hören will! Vor allem trifft dies auf die deutsche und türkische Öffentlichkeit zu; diese beiden Völker werden von den Medien für dumm erklärt, sie befinden sich im Zustand der Benom-

menheit unter den wirkungsvollen Schlägen der psychologischen Kriegsführung. Sie scheinen Fraß des Schicksals zu sein. Wie dem auch sei, bedenklich ist es allemal.

Die Vernichtung eines Volkes und seine Vertreibung wird mit dem immer wieder neu aufgewärmten Spruch „Kampf dem Terrorismus“ erklärt! Fragen wir ruhig nach: Wer ist der Terrorist? *Völkermord wird nunmehr in „Kampf gegen den Terrorismus“ umbenannt.* So werden die Massen in den Schlaf gewogen, ihre Seelen beschmutzt und mitschuldig gemacht an dem Völkermord.

Die Strategie des Massenmordens wird vom Spezialkrieg als „Verteidigung von Gebieten“ bezeichnet. Darunter muß die Entvölkerung und das Niederbrennen bezeichnet werden. Der Sinn soll sein, die Guerilla von der Logistik zu trennen und ihr die Massenbasis zu entziehen. Im großen und ganzen wird das bis heute geplant und umgesetzt. In diesem Sinne räumen sie der Guerilla eine bestimmte Todesfrist ein.

Jedoch weiß nun auch das letzte, abgelegenste Dorf in der Welt, daß der Spezialkrieg der Türkischen Republik kläglich gescheitert ist. Ihr letzter Versuch in dieser Richtung fand in Dersim statt.

Nicht umsonst! Dersim ist in militärischer, politischer und geographischer Hinsicht eine Region von enormer strategischer Bedeutung. *Wenn diese Region gewonnen ist, ist die Möglichkeit der Öffnung bzw. Ausweitung des Radius' des Kampfes von Dersim nach Kocgiri-Sivas, von da nach Zentral-Anatolien, von Dersim nach Erzincan und von da in die Schwarzmeer-Region gegeben.* Dersim kann für diese Kriegsregionen ein sehr wichtiger Stützpunkt und ein Hinterland sein. Die Möglichkeit, den Feind in diesen Regionen un-

aufhörlich anzugreifen und sie in eine Kampffront zu verwandeln, hängt ganz wesentlich von dieser Position und Funktion der Region Dersim ab.

Eine Guerilla, die sich auf der Linie Dersim-Kocgiri positioniert und ständig diesen Stützpunkt und ihr Hinterland erweitert, wird die endgültige Zerschlagung der Kolonialarmee und des Systems der Fremdherrschaft zum Greifen nahe bringen! Die Entwicklungen zeigen, daß die Guerilla in Dersim enorm wichtige Fronten und Siege erringen konnte; die letzten Aktionen der Guerilla in dieser Region haben den Spezial-Krieg in hohem Maße eingrenzen können. Die Entwicklung in Richtung der totalen Säuberung und Zerschlagung des Spezialkrieges in Dersim war für alle Beteiligten wahrnehmbar. Die Leitung des Spezialkrieges hat das sehr deutlich begriffen. Aus diesem Grunde sah sie auch in der Anwendung der traditionellen Methode der Massenvernichtung ihre Rettung. Das, was die Maschinerie des Spezial-Krieges so blind und tollwütig machte, liegt in dieser Position Dersims und in der erdbebenartigen revolutionären Entwicklung in derselben Region.

Der türkische Staat hat Angst vor Dersim. Er versucht, seine Angst zu überwinden, indem er den Terror gegen die Kurden in höchstem Maße, wie tollwütig, umsetzt. Trotzdem leistet das Volk mit allem, was ihm zur Verfügung steht, Widerstand.

Es sei noch erwähnt, daß der Spezialkrieg diese Massaker in Dersim aufgrund des Widerstandes der Bevölkerung nicht verheimlichen konnte. Als Folge hiervon haben einige SHP-Leiter gekünstelte und geheuchelte Erklärungen abgegeben und Schau-Reisen in die Region unternommen. Es ist müßig, zu erwähnen, daß dies nichts als Augenwischerei war ...

Kuba: Insel im Sturm

Ein Lagebericht von Markus Gunkel

Kubas Kampf ist der Kampf von ganz Lateinamerika; nicht der entscheidende, in keinem Sinne der entscheidende. Einmal angenommen, Kuba verliert diesen Kampf, es wird nicht die Niederlage für ganz Lateinamerika sein. Aber wenn Kuba diese Schlacht gewinnt, wird der ganze Kontinent den Kampf gewonnen haben. Das ist die Bedeutung unserer Insel und deshalb wollen sie dieses 'schlechte Beispiel', das wir geben, unterdrücken.' (Che Guevara)

Anfang November reiste ich als Tourist drei Wochen lang auf einer Rundreise durch Kuba. Im Sommer war Kuba in Europa in die Schlagzeilen geraten, weil viele Kubaner versucht hatten, mit kleinen Booten oder selbstgebastelten Flößen die 90 Seemeilen nach Florida zu überwinden und in die USA auszuwandern. Es wurde viel über das zukünftige Schicksal eines der letzten Länder des realen Sozialismus spekuliert und über die Diktatur Castros schwadroniert. Diese negative Berichterstattung hatte die Wirkung, daß einige TouristInnen zuhause blieben, weil sie über die politische Situation verunsichert waren und um ihre Sicherheit fürchteten. In bestimmten, ehemals zur Linken zählenden Kreisen, gilt Kuba nicht mehr als p.c. Um so interessanter war es für mich, mir ein Bild machen zu können, wie dieses kleine Land versucht, in der für es sehr schwierigen ökonomischen und politischen Situation zu überleben, ohne sich dem weltweit obsiegenden Kapitalismus und seinen negativen Folgen für die Bevölkerung zu unterwerfen.

Die Situation könnte kaum schlechter sein. Mit dem Zusammenbruch des realen Sozialismus in Europa fielen die wichtigsten Handelspartner Kubas, mit denen es 80 % seines Außenhandels tätigte, aus. Die Regierung der USA verschärfte in dieser Situation zudem noch ihre Blockade gegen Kuba, mit der sie es aushungern wollen, um das Beispiel unabhängiger Entwicklung vor ihrer Haustür zu beseitigen. Die Blockade führt dazu, daß sich Importe nach Kuba stark verteuern, da die umliegenden Staaten sich nicht trauen, offen die Blockade zu brechen, und Handelspartner die Situation ausnutzen und überhöhte Preise fordern.

Kuba wurde quasi ins Mittelalter zurückversetzt. Große Teile der Industrie können wegen Mangel an Energie, Rohstoffen und Ersatzteilen nicht arbeiten, bislang maschinisierte Bereiche z. B. in der Landwirtschaft können heute nur mit Handarbeit geleistet werden, die gesamte Zuckerrohrernte wird heute wieder mit der Machete eingebracht, das Transportsystem ist weitgehend zusammengebrochen, die Bevölkerung kann nur für wenige Stunden am Tag mit Elektrizität versorgt werden ... Bislang ist es noch nicht gelungen, den Rückgang der Produktion aufzuhalten.

In dieser „speziellen Periode“ versucht die kubanische Regierung mit verschiedenen Maßnahmen eine soziale Grundversorgung aufrechtzuerhalten. Wichtigstes privates Transportmittel ist z. Zt. das Fahrrad, das in großer Zahl aus China importiert wurde. Jedes staatliche Automobil ist verpflichtet, Anhalter mitzunehmen, die man in großer Zahl an allen Kreuzungen auf ein Beförderungsmittel warten sieht. Auf den Ladeflächen von Lastwagen drängen sich die Menschen, die froh sind, überhaupt eine Transportmöglichkeit gefunden zu haben. Mit einem Zuteilungssystem wird eine geringe Grund-

versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und Gegenständen des täglichen Bedarfs organisiert. Bestimmte soziale Leistungen, wie die Versorgung mit Kindergartenplätzen, mußten eingeschränkt werden und sind nicht mehr ganz kostenlos, wobei das Entgelt nach dem Einkommen gestaffelt ist. Heute erhalten nur noch Frauen einen Kindergartenplatz, die arbeiten und in deren Familie es keine Möglichkeit zur privaten Versorgung der Kinder gibt. (Auch in Kuba sind es überwiegend die Frauen, die nach wie vor für den größten Teil der privaten Reproduktionsarbeit zuständig sind.) Verglichen mit der sozialen Situation in anderen lateinamerikanischen Ländern steht Kuba jedoch nach wie vor gut da.



Entscheidend ist es aber, nicht nur das Wenige gerecht zu verteilen, sondern die nationale Produktion anzukurbeln, um damit langfristig den Mangel zu überwinden. Mit einem Bündel verschiedener Maßnahmen versucht die Regierung, aus der wirtschaftlichen Talfahrt herauszukommen.

Dies war zunächst die Legalisierung des Dollarbesitzes und die Einrichtung von Dollarläden, in denen jeder, der Dollars besitzt, Importwaren kaufen kann. Viele Kubaner haben Verwandte in den USA und sind von dort mit Dollars versorgt. Andere arbeiten im Tourismus und erhalten dort Trinkgelder. Mit der Legalisierung des Dollarbesitzes wurde nun dieser Realität Rechnung getragen und versucht, einen Teil dieses Dollarregens vom Schwarzmarkt in staatliche Taschen zu lenken und damit für allgemeine Aufgaben nutzen zu können. Mit dieser Maßnahme wurde jedoch auch eine soziale Differenzierung legalisiert: Wer Dollars hat, hat damit Zugang zu Importware. Die Motivation, für kubanische Pesos zu arbeiten, wurde gesenkt.

Um dies auszugleichen, wurden eine Reihe private Dienstleistungen zugelassen und zum 1.10.1994 wieder private Bauernmärkte eingerichtet. Die Kollektive können einen Teil ihrer Ernte nun privat vermarkten. Damit soll ein Anreiz zur Erhöhung der Produktion gegeben werden. Zur Zeit meines Aufenthaltes liefen diese Märkte seit etwas über einem Monat mit dem Erfolg, daß der Wert des Pesos gegenüber dem Dollar ständig stieg. Bei der Legalisierung des Dollars lag der Schwarzmarktkurs

bei 100:1, nun lag er bei etwa 10-20:1. Auf dem Land konnte man teilweise mit Dollars nichts anfangen, weil die Menschen Pesos haben wollten.

Ab Januar sollen auch Industriebetriebe einen Teil ihrer Produkte privat vermarkten können. Das Ziel, die Versorgungslage zu verbessern, scheint damit erreicht zu werden. Auch diese Maßnahme wird zu einer zunehmenden sozialen Ungleichheit führen.

Mit Hilfe von Joint-ventures soll ausländische Technik für die nationale Produktion genutzt werden, um so weltmarktfähige Produkte herzustellen. Dies gelingt bislang vor allem im Tourismus. Hier werden große Wachstumsraten realisiert. Es gelingt scheinbar, einen Teil der Karibikreisenden nach

erwirtschaftete Devisen die wirtschaftliche Lage insgesamt bessern zu können.

Ein weiteres Problem ist, daß ein Teil der Bevölkerung darauf orientiert wird, staatliche oder private Dienstleistungen für die TouristInnen anzubieten, und damit für die Produktion ebenfalls ausfällt. Die Arbeit im Tourismus ist sehr beliebt, weil es Trinkgelder in Devisen gibt. Arbeiter für die Zuckerrohrernte zu finden, einer echten Knochenarbeit, ist dagegen äußerst schwierig, obwohl Zucker immer noch die wichtigste Devisenquelle ist. Auf der Straße wurde mir mehrfach erklärt: Arbeiten für Pesos, das lohne sich nicht — es gäbe auch keine anständigen Jobs. Da sei es besser, den TouristInnen

Kuba zu holen. Im Tourismus werden große Summen investiert — was man an Baustellen sieht, sind alles Hotelneubauten.

Auch wenn darauf geachtet wird, daß möglichst viel mit kubanischen Rohstoffen und Produkten gearbeitet wird und nicht der gesamte Gewinn ins Ausland fließt, kann der Tourismus vor allem ein Problem nicht lösen: die stagnierende Produktion. Tourismus ist nur solange eine Einnahmequelle, solange es in den reichen Industrieländern Leute gibt, die reisen. In Rezessionsphasen bleiben die TouristInnen aus. Es ist das Dilemma aller Entwicklungsländer, daß sie mit Dienstleistungen, Rohstoffen und landwirtschaftlichen Produkten um Abnehmer in den reichen Industrieländern konkurrieren und sich dabei gegenseitig unterbieten, weil das Angebot die Nachfrage auf dem Weltmarkt übersteigt.

Diese Orientierung auf den Tourismus schafft noch eine Reihe weiterer Probleme. Er verlangt der Bevölkerung erst einmal neue Opfer ab. Alle Bequemlichkeiten, die der normale Kubaner zur Zeit nicht hat, sind den Touristen zu bieten, damit sie sich nicht ein anderes Urlaubsland suchen. So sind die Hotels bevorzugt mit Lebensmitteln und mit Energie zu beliefern. Fällt der Strom aus, was auch neben den ohnehin geringen Versorgungszeiten oft der Fall ist, haben die Hotels eine Notstromversorgung, während die umliegenden Stadtviertel im Dunkeln sitzen. Der Anteil am wenigen, den die Kubaner erhalten, wird durch den Tourismus zunächst einmal geringer — mit der Hoffnung durch

Dienstleistungen anzubieten. Das Angebot reicht von Muscheln oder anderen Souvenirs über Rum und Zigarren, bis aus der Produktion geklaut werden, die zur Prostitution. Reist man in einer Gruppe durchs Land, ist man in den Städten ständig von einer kleinen Gruppe von Kindern oder Jugendlichen umringt, die einen um Seife, Flaschen oder andere Kleinigkeiten anbetteln oder gerne einen Dollar haben wollen. Der so entstandene Eindruck korrigiert sich allerdings, sobald man sich alleine auf den Weg macht oder abseits der Touristenzentren bleibt.

Auch die TouristInnen selbst sind oft ein Problem. Ich möchte sie in drei Gruppen einteilen. Da ist zunächst der westliche Nurtourist. Er mißt alles am westlichen Standard und tut so, als ob er Geld drucken kann. Ein Tag, ohne ein Souvenir zu kaufen, ist ein verlorener Tag. Er wirft mit Trinkgeldern und Almosen um sich. Damit ist er ein bevorzugtes Opfer geschäftstüchtiger KubanerInnen, über die er sich hinterher beichtet: Die sind ja nur auf unser Geld aus. Der Urlaub hat hier die Funktion einmal im Jahr alles das zu machen, was man zuhause nicht machen kann, um es dann wieder für ein Jahr in der Maloch auszuhalten. Die KubanerInnen sehen jedoch nicht die MalocherInnen, sondern die scheinbaren Rentiers.

Die zweite Gruppe sind die Ex-Linken, die mit Illusionen über den Sozialismus als Land, wo Milch und Honig fließen, anreisen. Sie messen ebenfalls nur am westlichen Standard und werden sich entsetzt ab ob der Probleme

Fortsetzung nächste Seite oben

Fortsetzung von Seite 6: Kuba...

eines unterentwickelten Landes. Sie sehen die sozialen Differenzierungen, nicht jedoch die Ursachen. Politische Arbeit in ihrem Herkunftsland ist für sie kein Thema — wenn sie nicht gar die Einführung der Marktwirtschaft für Kuba empfehlen. Auch sie verteilen freigiebig Almosen.

Die Almosen haben die Funktion, das eigene schlechte Gewissen zu beruhigen und sich hinterher nicht mit der Veränderung der Verhältnisse befassen zu müssen. Man hat getan, was man kann, und einer Einzelperson geholfen. Aber selbst diese Stufe echten Mitleidens wird nur selten erreicht. Man gibt nicht einen Teil seines Besitzes ab aus Solidarität, sondern Dinge, die man eh nicht mehr haben will. Statt sie in den Müll zu tun, schenkt man sie einer Einheimischen — ausgelatschte Schuhe, abgetragene Kleider, halbverbrauchte Kugelschreiber...

Die letzte Gruppe sind die Lateinamerikaner. Sie sind in der Lage, die Errungenschaften der kubanischen Revolution, gemessen an den sozialen Zuständen in anderen Ländern Amerikas, zu würdigen.

Was bleibt als Fazit meines Kubaaufenthalts? Bei der Mehrheit der KubanerInnen — so mein Eindruck — ist nach wie vor der Wille vorhanden, sich nicht den USA zu beugen und einen eigenständigen kubanischen Weg zu gehen. Die Regierung setzt hierbei stark auf nationale Werte, die einem Deutschen negativ aufstoßen: patria o muerte (Vaterland oder Tod) ist eine der häufigsten Losungen. Die Ausreisewilligen, die sich angesichts der katastrophalen wirtschaftlichen Situation anderswo bessere Bedingungen erhoffen, sind eine Minderheit. In die USA wollte keiner mehr, die arrogante Politik der US-Regierung (Euer Land ist Scheiße, aber behelligt uns nicht mit euren Problemen) hatte ihnen die Augen geöffnet. Andererseits hoffen alle, das sich die wirtschaftliche Lage bessert, ohne daß in der Bevölkerung Diskussionen erkennbar waren, wie dies zu schaffen sei. Vielleicht mag das daran gelegen haben, daß in unserem Programm keine Gespräche mit politischen Organisationen vorgesehen waren. In den von uns besuchten sozialen Einrichtungen wurde deutlich, daß trotz der schlechten Bedingungen daran gearbeitet wird, daß meiste daraus zu machen.

Die Regierung ist entschlossen, an den sozialen Errungenschaften der Revolution festzuhalten: kostenlose Gesundheitsversorgung, kostenloses Bildungssystem, soziale Grundversorgung. Gleichzeitig gibt sie den Anspruch auf soziale Gleichheit auf, um die Produktion anzukurbeln. Hier scheint mir langfristig die größte Gefahr zu liegen. Kuba steht vor dem Dilemma jeden Entwicklungslandes. Es ist ihnen klar, daß sie alleine gegen die hochentwickelten Industrieländer auf dem Weltmarkt keine Chance haben. Ihr Konzept, auf die Zusammenarbeit mehrerer unterentwickelter Länder zu setzen, scheitert bislang daran, daß z.B. die anderen lateinamerikanischen Länder unter dem Druck der USA, hierzu nicht bereit sind, zumal ja auch die Herrschenden dieser Länder nicht auf soziale Entwicklung setzen, sondern sich an der Profitlogik orientieren.

Aufgabe der Linken in den hochentwickelten Ländern müßte es sein, auf diese internationalen Verhältnisse hinzuweisen und für ihre Überwindung zu streiten. Solidaritätsarbeit kann nicht in erster Linie bedeuten, Geld zu sammeln. Das bleibt immer ein Tropfen auf den heißen Stein. Es gilt, politisch Druck zu entfalten gegen die Entwicklungshilfepolitik der Bundesregierung und gegen ihre Unterordnung unter die Kubapolitik der USA.

Berlusconi muß nachgeben

Vereinbarung mit Gewerkschaften

Im letzten Moment, am Tag davor, haben die italienischen Gewerkschaften den achtstündigen Generalstreik vom 2. Dezember abgesagt. In einer Vereinbarung mit der Regierung Berlusconi, die nach Marathonverhandlungen unter dem Druck der Streikdrohung zustande gekommen war, sahen sie ihre Forderungen im wesentlichen erfüllt.

In der Rentenfrage ging Berlusconi entgegen allen früheren Verlautbarungen auf die zentrale Forderung der Gewerkschaften ein: Die Rentenstrukturreform, die er im Handstreich mit dem Finanzgesetz 1995 sozusagen nebenbei miterledigen wollte, ist aus dem Finanzgesetz ausgegliedert worden. Damit bleibt im nächsten Jahr der Koeffizient zur Berechnung der Rentensteigerung pro Jahr der Beschäftigung bei 2% (geplant war die Senkung auf 1,75%). Die geplanten Abschläge von 3% pro Jahr bei Ausscheiden vor Erreichen des Rentenalters wird es 1995 nicht geben. Die Blockierung der „Dienstaltersrenten“ (Möglichkeit der Verrentung nach 35 Arbeitsjahren ohne Rücksicht auf das Lebensalter) wird nicht auf das ganze Jahr 1995 ausgedehnt, wie von der Regierung geplant, sondern geht bis zur Jahresmitte. „Dienstaltersrenten“, die schon in der Vergangenheit von den Regierungen Amato und Ciampi blockiert worden sind, werden zum Jahresanfang 1995 „entblockiert“, d.h. die Betroffenen können dann in Rente gehen.

Die jetzt ausgegliederten Strukturveränderungen in der Rentenversicherung sollen in einem eigenen Gesetzentwurf behandelt werden, der bis Mitte nächsten Jahres im Parlament abschließend beraten sein soll.

An weiteren Maßnahmen sieht die Übereinkunft die Einrichtung zusätzlicher Fonds für Beschäftigung über mindestens 1000 Mrd. Lire (ca. eine Mrd. DM) vor, über deren Verwendung die Gewerkschaften und der Arbeitsminister per Vereinbarung entscheiden.

Für den Süden und andere Krisengebiete werden 3000 Mrd. Lire zusätzlich zur Verfügung gestellt.

Die über die Inflation bewirkte Erhöhung der Einkommenssteuer (der sog. fiscal drag) wird 1995, im Unterschied zur ursprünglichen Planung der Regierung, zurückerstattet. Die Nichtrückstattung im Jahr 1994, mit der die Regierung die Hilfsmaßnahmen für die Über-

schwemmungsgebiete in Piemont finanziert, soll für Einkommen unterhalb einer bestimmten Grenze (die Rede ist von ca. 50000 DM pro Jahr) anderweitig ausgeglichen werden.

Die „Familienschecks“, Unterstützungsleistungen für große Familien, sollen in den nächsten Jahren erweitert werden.

Die Gewerkschaften sehen das Resultat nach den 90 Kundgebungen vom 14. Oktober, der Großdemonstration der eineinhalb Millionen am 12. November in Rom und einer Vielzahl spontaner betrieblicher Arbeitsniederlegungen als Erfolg. „Wir haben zwei Monate Kampf hinter uns und sind zu einer Übereinkunft gelangt, die uns zufriedenstellt“, sagte der Vorsitzende des Gewerkschaftsbunds CGIL, Sergio Cofferati. Zu einem Streik zum Sturz Berlusconi, wie ihn z.B. die oppositionellen Basiskomitees (COBAS) oder Rifondazione comunista forderten, waren die Gewerkschaften nicht bereit. Für sie war das Ziel der Mobilisierung, die auch viele Wähler der Rechtsregierung einschloß, die Änderung des Finanzgesetzes, nicht die Änderung der Regierung — auch wenn die Aktionen diesem Punkt schon relativ nahe gekommen sein dürften (der Arbeitsminister Mastella berichtete von akuten Befürchtungen in der Regierung, das Schicksal der Regierung Tambroni zu teilen, die 1960 durch einen Generalstreik zu Fall gebracht wurde.)

Tatsächlich ist die Regierung mit ihrem Handstreich bei den Renten nicht durchgekommen. Die Gewerkschaften sind wieder eine Größe geworden, mit der die Reaktionen an der Regierung rechnen und verhandeln müssen. Das Wahlergebnis vom 27. März hat sie nicht von der Bühne gefegt. Sie sind im Gegenteil zu einem Kristallisationspunkt sozialen Widerstands weit über ihre Mitgliedschaft hinaus geworden, was



auch interessante Gesichtspunkte für ihre künftige Rolle aufwirft.

Die Auseinandersetzung um die Renten ist damit nicht einfach gewonnen. Berlusconi hat zwar mit der Übereinkunft eine Reihe von Rentenregelungen, die er mittels Vertrauensabstimmung im Parlament schon durchgepeitscht hatte, wieder zurücknehmen müssen. Andererseits wertet er als Erfolg, daß sich die Gewerkschaften zu einer Mitarbeit an einer Rentenstrukturreform mit festgelegten Themen und Terminen bereit erklärt haben. Dennoch dürften sich die Bedingungen für die soziale und politische Opposition im Kampf um die künftigen Rentenregelungen deutlich verbessert haben, wenn die Rentenfrage aus der Haushaltsspardebatte herausgeholt und zu einem eigenen parlamentarischen Verhandlungsgegenstand gemacht wurde, bei dem die Opposition überhaupt erst die Chance erhält, eigene Reformkonzepte vorzulegen.

So ähnlich sieht es auch der Industriellenverband Confindustria. Confindustria und der Fiat-Chef Agnelli hatten Berlusconi bis zum Schluß gedrängt, die Rentenfrage nicht aus dem Haushaltsgesetz auszugliedern. Sie halten den parlamentarischen Weg zu einer Rentenstrukturreform nach ihren Vorstellungen nämlich für „unsicher“.

Quellenhinweis: la Repubblica, 2. 12. 94 — (rok)

Hassan II droht mit Krieg

Behinderung der Wahlvorbereitung in der Westsahara

Die UNO hat am 28. 10. 94 eine Resolution über die Westsahara, die von 58 Ländern eingebracht wurde, angenommen. In dieser Resolution wird bekräftigt, daß das Ziel der UNO die Durchführung eines freien und fairen Referendums, ohne militärischen oder administrativen Zwang, ist. Es wird betont, daß ein direkter Dialog zwischen den Konfliktparteien wichtig und notwendig ist für die Schaffung einer günstigen Atmosphäre, um den Friedensplan zu implementieren. Die UNO-Identifizierungskommission, die mit ihrer Arbeit am 28. August begonnen hat, und sie wegen der Behinderung durch Marokko am 31. 8. unterbrochen hat, konnte am 20. September ihre Auf-

gabe fortsetzen. Laut Angabe von MINURSO ist die Zahl der Wahlberechtigten, die bis 18. 10. 94 identifiziert wurden, 2007 Personen. Die Identifizierungskommission arbeitet mit zwei Teams, eines in den Flüchtlingslagern, das andere in den von Marokko besetzten Gebieten. Nach wie vor behindert Marokko die Arbeit der Identifizierungskommission: Statt der Saharais, die von der Kommission eingeladen wurden, sich zu identifizieren, schickt Marokko marokkanische Bürger. Bis jetzt wurden 1680 Personen von der Kommission in den besetzten Gebieten zurückgewiesen, weil sie keine Saharais waren, sondern Marokkaner.

In einem Interview in der französi-

schen Zeitung Liberation vom 30. Oktober 1994 hat Hassan II erklärt, wenn die F. Polisario das Referendum gewinnen sollte, wären die Sympathisanten Marokkos in der Westsahara in Gefahr und müßten verteidigt werden. Marokko würde sich zurückziehen, aber es würde Mittel zur Verteidigung diesen Leuten überlassen.

Für die F. Polisario ist diese Erklärung Hassan II ein Zeichen, daß Marokko das Ergebnis des Referendums nicht akzeptieren wird, wenn es nicht zu seinen Gunsten ausfällt. Hassan II droht mit Krieg, falls das saharaische Volk für seine Unabhängigkeit stimmt. (SAHARA-info, aus akin — Wien, CL-Netz)

NRW-Arbeitgeber griffen Tarife an

ÖTV setzt sich durch: Keine Lohnabzüge im öffentlichen Dienst Nordrhein-Westfalens

Die ÖTV organisierte in den letzten Tagen massive Warnstreiks in vielen Städten Nordrhein-Westfalens. Anlaß: Der Kommunale Arbeitgeberverband Nordrhein-Westfalen (KAV NW) hat Ende November die Bezirkszusatztarifverträge für den Arbeiterbereich der Kommunen zum 1. Dezember 1994 gekündigt. Von diesem Angriff waren ca. 200.000 Beschäftigte betroffen.

Nachdem die ÖTV mit großem Erfolg den ersten verkaufsoffenen Samstag

bestreikte, gaben die öffentlichen Arbeitgeber nach. Bei einem tarifpolitischen Spitzengespräch in der Nacht vom 6. auf den 7. Dezember setzt sich die ÖTV durch. Die kommunalen Arbeitgeber erklärten sich bereit, die Tarifverträge für Arbeiterinnen und Arbeiter zu den alten Bedingungen ab dem 1. Dezember 1994 unverändert wieder in Kraft zu setzen. Die ÖTV teilte mit, sie werden „im Januar 1995 Verhandlungen zum Gesamtkomplex „Nahverkehr“ aufnehmen.“ — (syb, jöd)

„Wir haben schon für weniger gekämpft“ ÖTV-Bezirksvorsitzender Orth (Essen)

Die Arbeitgeber haben seit 1992 nicht gelernt. In einer bisher nicht gekannten Dreistigkeit starten sie einen Angriff auf die Löhne und Gehälter der Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes. Zum erstenmal in der Tarifgeschichte dieses Landes haben die Arbeitgeber des Öffentlichen Dienstes einseitig alle Tarifverträge für Arbeiterinnen und Arbeiter gekündigt und wollen einen Lohnabbau in der Größenordnung von 30 % durchsetzen. Für die ÖTV in diesem Lande ist klar, was sich in NRW abspielt, ist eine Stellvertreterauseinandersetzung für die ganze Bundesrepublik. Wir sind entschlossen zu kämpfen

Kein Oberstadtdirektor, kein Oberbürgermeister hat uns bisher erklärt, daß er zur Sanierung seines Stadthaushaltes auf 30 % seines Einkommens verzichtet. Auch nicht der Verhandlungsführer und wildgewordene Kölner Oberstadtdirektor Ruschmeyer...

Wir haben den Kommunalen Arbeitgeberverband NRW ultimatim aufgefordert, bis zum 30. November zu Tarifverhandlungen mit der ÖTV zusammenzu-

kommen. Verhandlungen haben am 30. November morgens in Köln stattgefunden. Drei Stunden später mußten wir diese Verhandlungen ergebnislos abbrechen. 1. Die kommunalen Arbeitgeber waren nicht bereit, die gekündigten Tarifverträge unverändert und ohne Verschlechterungen wieder in Kraft zu setzen. 2. Die kommunalen Arbeitgeber waren nicht bereit eine absolute Bestands- und Rechtsstandsgarantie für die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes abzugeben.

Das heißt für uns, der Kampf geht weiter. Wir fordern weiterhin eine unveränderte, nicht verschlechterte Wiederinkraftsetzung unserer Tarifverträge im Öffentlichen Dienst. Das ist unser gutes Recht.

Die Arbeitgeber haben erklärt, daß wir im Öffentlichen Dienst deshalb auf Lohn und Gehalt verzichten müssen, weil in vergleichbaren Bereichen der privaten Wirtschaft weniger gezahlt wird als im Öffentlichen Dienst. Die Antwort der ÖTV ist und wird bleiben: Wir lehnen jedes Lohndumping mit dem Ziel, Niedriglöhne einzuführen im öf-

fentlichen Dienst, die bedenklich nahe an die Sozialhilfe kommen, mit aller Konsequenz ab... Und damit da auch gar kein Zweifel aufkommt, die ÖTV kämpft weiter gegen die Privatisierung im Öffentlichen Dienst. Denn Privatisierung heißt nichts anderes als Gewinne für private Unternehmen und Verluste für den Öffentlichen Dienst und die Bürgerinnen und Bürger...

Und ich weise ausdrücklich darauf hin, es geht nicht um übertarifliche Leistungen, es geht nicht um irgend etwas, was uns der Arbeitgeber mal zusätzlich gegeben hat, sondern es geht darum,

daß die Arbeitgeber feste Lohn- und Gehaltsbestandteile, die Eingruppierung in die Lohngruppen, die Erschwerungszuschläge, die Zeitzuschläge, die Zuschläge für Wechselschicht, die Fahrtdienstzuschläge kürzen wollen... Wir haben in dieser Republik schon für weniger gestreikt als für 30 %. 30 % heißt, zehn Tarifrunden, im Durchschnitt zehn Jahre Lohnkampf, das wollen die Arbeitgeber uns mit einem Federstrich wegnehmen...

Wer kämpft, kann vielleicht verlieren, aber wer nicht kämpft, hat schon verloren.

SPD-
das uns!

200.000.-
für den Rat,
bei uns wird's
eingespart



In zahlreichen Orten finden angesichts des heraufkommenden Winters verstärkte Aktivitäten gegen Armut und Obdachlosigkeit statt. In Frankfurt unterstützt der DGB diese Aktivitäten u.a. seit dem 21. November durch eine Ausstellung zu diesem Thema im DGB-Haus. (aus: Frankfurter Info Nr. 25/94)

Krupp-Widia verkauft diesmal an US-Konzern

Essen. Völlig überraschend wurde der Betriebsrat von Krupp Widia am 29. November unterrichtet, daß die Widia für 150 Mio. DM an den amerikanischen Cincinnati Milacron-Konzern verkauft ist. Klammheimlich hatte Krupp die Verhandlungen Ende September aufgenommen, nachdem der Verkauf der Widia an Sandvik am Kartellamt gescheitert war. Schon vor einem Jahr hatte Krupp mit dem US-Konzern verhandelt. Damals scheiterte der Deal u.a. daran, daß Cincinnati Milacron die Magnetfertigung von Krupp Widia nicht übernehmen wollte. Diesmal soll nur die Medizintechnik bei Krupp verbleiben — zunächst, denn vermutlich wird dieser Betrieb mit 100 Beschäftigten dicht gemacht. Mögliche Synergieeffekte Widia/Cincinnati werden noch geprüft. Teile der Belegschaft sind darüber beunruhigt. — (kw)

Gegen Zensur der Stadt Essen

Essen. Mit Maulkörben und Schildern protestierten vor allem Mitglieder der

DKP bei der letzten Ratssitzung Ende November vor dem Rathaus. Sie übergaben knapp 400 Unterschriften gegen den Ratsbeschluss gegen die Vergabe städtischer Räume an „Linksextremisten“ und kritisierten das Verbot einer SDAJ-Veranstaltung durch Sozialdezernent Herber. Einen Antrag der Grünen, in dem Herbers Vorgehen mißbilligt wird, stimmte der Rat nicht ab: SPD und CDU gingen auf Antrag von SPD-Fraktionschef Nowack zur Tagesordnung über. — Inzwischen wurde ein neuer, rechter Skandal bekannt: Am 11. November sprach NPD-Vorsitzender Deckert in Essen in der Gaststätte Burghof, einer städtischen Liegenschaft. — (wof)

Telefonkarte für Messebeschäftigte

Frankfurt. Auf Vorschlag des Betriebsrats schenkt die Messe Frankfurt GmbH den Beschäftigten dieses Jahr zu Weihnachten eine Telefonkarte der LOBBY für Wohnsitzlose und Arme e.V. im Wert von DM 6,-. Mit jeder der etwa 500 Karten wird eine Spende von DM 24,- an den Verein abgeführt. — (Frankfurter Info)

NEUER MIETSPIEGEL

Mieten stiegen doppelt so schnell wie Preise

Nachdem der Mietspiegel 1994 veröffentlicht ist, wird für jeden sichtbar, daß die Mieten in den letzten zwei Jahren im Schnitt um 8,7%, in mittleren Wohnlagen sogar um über 10% gestiegen sind.

Und das sind nur die Kaltmieten. Jedermann weiß aber, daß die Mietnebenkosten wie Wasser, Abwasser, Müllabfuhr usw. schon fast die Höhe einer „zweiten Miete“ erreicht haben.

Die Mehrzahl der arbeitenden Menschen in unserer Stadt — Arbeiter, Angestellte und Rentner — wohnen zur Miete und müssen heute teilweise schon bis zu 50 Prozent ihres Nettoverdienstes für das Wohnen bezahlen.

Mit der Herausgabe des neuen Mietspiegels wird es eine Welle von Mieterhöhungen geben. Bei neuen Mietverträgen wird sich das besonders auswirken. Hier kann der Mietspiegel bis zu 20 Prozent überschritten werden, ohne daß die Mietpreistreiberei juristisch als Mietwucher angeprangert werden könnte.

Der Mieterverein weist in einer Erklärung darauf hin, daß nicht nur die Mieter im sogenannten freifinanzierten Wohnungsbau betroffen sind, sondern auch alle diejenigen, die in einer öffentlich geförderten Sozialwohnung leben

und zur Fehlbelegungsabgabe herangezogen werden. Bei der Höhe der Fehlbelegungsabgabe gilt ein vom Wohnungsamt willkürlich festgelegter Mittelwert zwischen der Mietspiegelobergrenze und dem arithmetischen Mittel als Bewertungsgrundlage. Nach dem neuen Mietspiegel wird diese um rund zehn Prozent steigen.

Ein Beispiel dazu: Die Kaltmiete einer Drei-Zimmer-Sozialwohnung im Herzogenried wurde bisher bei normalverdienenden Mietern mit 9,56 Mark pro Quadratmeter berechnet; die Fehlbelegungsabgabe durfte also diesen Betrag nicht überschreiten. Jetzt liegt dieser Wert bei 10,35 Mark, also um 76 Pfennige höher. Entsprechend wird sich in diesem Fall die Fehlbelegungsabgabe erhöhen.

Der Mietspiegel 1994 eröffnet also sowohl den privaten Vermietern als auch dem Wohnungsamt neue Mietsteigerungsperspektiven.

In der Erklärung des Mietervereins heißt es dazu weiter, daß mit dem neuen Mietspiegel die Auseinandersetzungen zwischen Mietern und Vermietern zunehmen werden und sich das soziale Klima dadurch weiter verschlechtert. — (nik / mannheim konkret)

SINDELFINGEN

Demonstration gegen REP-Parteitag

Gegen den am 17. und 18. Dezember in der Sindelfinger Messehalle stattfindenden Bundesparteitag der Republikaner wird eine Demonstration und Kundgebung stattfinden.

Zeitgleich zum geplanten Beginn am Samstag, den 17. 12. um 10 Uhr vor dem Sindelfinger Rathaus lädt die SPD zu einer Veranstaltung mit dem Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland, Ignatz Bubis, ein. Die Initiative gegen den Bundesparteitag versucht nun, die SPD-Aktion in die Auftaktkundgebung einzubinden. In der Stadt wurden bislang über 1000 Unterschriften gesammelt, die den Gemeinderat und die Stadtverwaltung auffordern, „alles in ihrer Macht Stehende zu

unternehmen“, um die REP-Versammlung zu verhindern.

Der Gemeinderat konnte sich jedoch bloß zu einer müden Erklärung aufraffen, er sei dagegen, daß die Stadt „zum Tagungsort der rechtsradikalen Republikaner werden soll“. Die Stadt unterstützt die Messehalle GmbH in der juristischen Auseinandersetzung um die Raumvergabe (Berufungsverhandlung ist voraussichtlich am 13. Dezember). Anders als in Rastatt, wo vor einem Jahr auch die Stadtverwaltung gegen den REP-Parteitag mobilisierte und 3000 dagegen protestierten, will sich die Stadt Sindelfingen an den Protestaktionen nicht beteiligen und auch keine finanziellen Mittel bereitstellen. — (wor)

IG Medien kritisiert Staatsschutzbehörden

Köln. In einer Presseerklärung protestiert der Landesbezirk NRW der IG Medien gegen „Methoden des BKA, kritische Journalisten zu disziplinieren“. Anlaß der gewerkschaftlichen Stellungnahme ist das Vorgehen des Bundeskriminalamtes gegen den Kölner Journalisten Michael Opperskalski, der wegen angeblicher Stasimitarbeit kurzzeitig verhaftet worden war (wir berichteten). In der Erklärung fordert die Gewerkschaft die „unverzügliche Herausgabe sämtlicher beschlagnahmter Materialien“ und kündigt an, Opperskalski Rechtsschutz zu gewähren. — (tri)

Siemens AG: Freitag, Samstag, Sonntag, Montag

Karlsruhe. Die Siemens AG in Karlsruhe hat wieder einmal ein Angebot zur Sicherung der Arbeitsplätze unterbreitet. Der Betriebsrat hat das Angebot, wie kaum anders zu erwarten, angenommen.

Die IG Metall Verwaltungsstelle Karlsruhe spricht davon, daß der Betriebsrat (mal wieder) bis an die Grenze des Zumutbaren gegangen sei. Der Be-

triebsrat betont dagegen, daß die getroffene Vereinbarung dazu führe, daß rund 200 Beschäftigte der Leiterplattenfertigung künftig keine der regelmäßig angeordneten Überstunden am Wochenende mehr leisten müßten.

Stattdessen arbeiten jetzt 26 Beschäftigte der Abteilung nur noch am Wochenende! Schichtbetrieb entweder Freitag/Samstag/Sonntag oder Samstag/Sonntag/Montag.

Geködert wird damit, daß lediglich 28 Stunden gearbeitet und 36 gezahlt werden. Die Vereinbarung soll auch erstmalig auf ein Jahr begrenzt sein.

So haben die Kapitalisten auf alle Fälle mal erreicht, daß die Anlagen so gut wie überhaupt nicht mehr stillstehen.

Mittlerweile wird den in die Wochendschichten eingeteilten Beschäftigten bereits ein weiteres Angebot gemacht: Sie können freiwillig zusätzlich auch noch unter der Woche „aushilfsweise“ arbeiten, zum Beispiel wenn Personal wegen Krankheit oder Urlaub fehlt. Für solcherart Raubbau an der Gesundheit und Verschleiß der Arbeitskraft ködert das Unternehmen mit dem Angebot, für die „Aushilfstätigkeit“ unter der Woche den erhöhten Durch-

STUTTGART

ÖTV-„Putz-Tribunal“ gegen Privatisierung

300 Interessierte waren am 29. 11. in den Großen Saal des DGB-Hauses gekommen, um der Verurteilung der Stadt wegen ihrer Pläne zur Privatisierung der Reinigungsdienste beizuwohnen.

So sollen z.B. in den Kindertagesstätten in der nächsten Haushaltskonsolidierungsrunde 22 Stellen eingespart werden, indem alle Reinigungsarbeiten privat vergeben werden.

Bisher gibt es in allen Kindertagesheimen ganztags beschäftigte Hauswirtschaftskräfte, die alle anfallenden Reinigungsarbeiten und alle Arbeiten, die bei der Essensversorgung anfallen (außer Kochen), erledigen und so im Tagheimteam integriert sind. Die Kinder erleben Hausarbeit als notwendigen Teil des Alltags und haben eine Beziehung zu den Beschäftigten. Gerade in Tagheimen, wo in der Regel der Ausländeranteil der Kinder oft die Hälfte überschreitet, haben die hauswirtschaftlichen Kräfte bei den Kindern ein besonderes Ansehen, da diese oft selbst Ausländerinnen sind und dadurch manches Kind — und auch die Eltern — in der Eingewöhnphase Hilfe und Trost erhalten. Dazu kommt, daß die Arbeiterinnen durch ihre Beschäftigung bei der Stadt in die tarifrechtlichen Bestimmungen des öffentlichen Dienstes und die Personalvertretung eingebunden sind. Eine Privatisierung würde bedeuten, daß abends nach der Einrichtungsschließung geputzt wird und alle tagsüber anfallenden Putzarbeiten von den Erzieherinnen miterledigt werden müssen, wie dies bereits in vielen Kindergärten üblich ist. Die privaten Putzfirmen beschäftigen die Frauen ausschließlich in sogenannten 560-DM-Arbeitsverhältnissen ohne Sozialversicherung, bei schlechterer Bezahlung und wenig Zeit für viel Arbeitsfläche, ohne Vertretungsregelung bei Krankheit oder Urlaub, ohne Kündigungsschutz und ohne Personalvertretung. Die Folgen sind schlechtere Arbeitsqualität, sinkende Motivation, weil keine Rückmeldung da ist und der Bezug zur Einrichtung fehlt. Auch wirtschaftlich, in die Zukunft gesehen, bedeutet das Ganze keine Ersparnis, da die betroffenen Frauen, wenn sie allein leben und auch wenn sie ins Rentenalter kommen, auf

Sozialhilfe angewiesen sind.

Dies alles und auch Stichpunkte für Alternativen wurde von Sachverständigen, Beschäftigten aus Kindertagesstätten, Krankenhäusern und Altenheimen in lebendiger und anschaulicher Form anklagend vorgetragen. Die Argumente der Stadt dagegen, Privatisierung sei wirtschaftlicher, frauenfreundlicher usw., gespielt in der Rolle der Verteidigung, wurden von den Anwesenden im Saal mit „Buh-Rufen“ quittiert. Die Anklagevertreterin (Gewerkschaft ÖTV) faßte die Argumente gegen die Privatisierung so zusammen, daß bewiesen wurde, daß keine Gründe zur Privatisierung vorliegen, ein Ausbluten der Sozialversicherung die Folge ist und forderte eine Aussetzung der Verhandlungen über die Privatisierung. Die Stadt wurde im Namen der Beschäftigten verurteilt. — (mok)

Aus: Urteil des Putztribunals

Die Stadt Stuttgart wird verurteilt ... und dazu verpflichtet,

- die traditionell unterbewerteten, typischen Frauenarbeitsplätze in der Hauswirtschaft endlich als vollwertig anzuerkennen;
- Beschäftigte eines Arbeitsbereichs nicht aufzuspalten in Angehörige von Privatfirmen und solche des öffentlichen Dienstes mit unterschiedlichsten vertraglichen Bedingungen;
- Sozialversicherungspflicht und Tarifgebundenheit als Standard in der Reinigung ihrer Gebäude durchzusetzen;
- seriöse, vollständige Leistungsbeschreibungen insbesondere in sozialen bzw. pflegerischen Dienstleistungsbereichen gemeinsam mit sachkundigen Beschäftigten anzufertigen und einen fundierten Preis-Leistungs-Vergleich unter Bezugnahme auf Menschenrechte vorzunehmen;
- mit den Beschäftigten gemeinsam eine Neuorganisation der Hauswirtschaft mit Möglichkeiten einer Rekommunalisierung bereits privatisierter Bereiche durchzuführen ...

schnittsstundenlohn aus der Wochenendarbeit zu zahlen. Das sind immerhin fast dreißig Prozent mehr als der Normaltarif! Gleichzeitig kann auf diese Weise die Personaldecke weiter geschrumpft werden — zumindest eine Weile. — (map)

Landesweiter Aktionstag gegen Privatisierungsabsichten

Emmendingen. Im Rahmen der geplanten Rechtsumwandlung der bisherigen psychiatrischen Landeskrankenhäuser (PLK's) Baden-Württembergs in „Anstalten des öffentlichen Rechts“ haben die Beschäftigten dieser Einrichtungen einen landesweiten Aktionstag beschlossen. An diesem Aktionstag Mitte Dezember werden sich deshalb auch die Beschäftigten des PLK Emmendingen beteiligen.

Die landesweite Tarifkommission der ÖTV, in welcher auch der Personalrat des Emmendinger PLK's vertreten ist, bekämpft in erster Linie die Absicht, den bisher geltenden Tarifvertrag außer Kraft zu setzen. Die Kritik aus den Reihen des Emmendinger Personalrates richtet sich vor allem gegen die Landesregierung, da sie mit der beabsich-

tigten Rechtsumwandlung versuche, sich auf Kosten der Beschäftigten zu sanieren. — (kak)

DKP will zu den Landtagswahlen in NRW kandidieren

Düsseldorf. Über 80 Genossinnen, Genossen und Freunde der DKP nahmen an der Aktivkonferenz der DKP Ruhr-Westfalen am 26. November in Gladbeck teil. Auf der Tagesordnung stand die Auswertung der Kommunal- und Bundestagswahl sowie die Position der DKP Ruhr-Westfalen zur kommenden Landtagswahl in NRW im Mai 1995.

Mit großer Mehrheit beschloß die Aktivtagung eine Empfehlung an den Bezirksvorstand, zur Landtagswahl mit einer für Nichtmitglieder offenen Liste und Direktkandidaturen anzutreten. Dafür sprach sich auch eine Aktivkonferenz des Bezirks Rheinland-Westfalen aus. Als nächstes entscheiden die Bezirksvorstände, am 22. Januar 1995 findet eine gemeinsame Landesversammlung beider Bezirke statt. Zuvor ist am 12. Januar 1995 eine Beratung geplant, zu der auch die PDS eingeladen werden soll.

— (aus: Lokalberichte Essen)

Ausnahmezustand beim EU-Gipfel in Essen

Demonstration verboten, fast 1 000 Leute festgenommen — Verfassungsklage angestrebt

Höhepunkt der deutschen EU-Präsidentschaft sollte er werden, der EU-Gipfel in Essen — und in gewisser Weise wurde er es. Die Regierungschefs der EU-Länder verständigten sich auf gemeinsame, erste Schritte zur Ostexpansion und erklärten die Senkung der Löhne und Lohnnebenkosten zum wichtigsten Instrument einer europaweiten „Beschäftigungspolitik“. Die Essener Polizei setzte derweil im Verbund mit dem nordrhein-westfälischen Innenministerium neue Maßstäbe in punkto Demonstrationsrecht: Die seit Wochen angemeldete Demonstration des Bündnisses gegen den EU-Gipfel wurde kurzfristig verboten, fast 1 000 Menschen wurden im Rahmen der größten Massenverhaftungen in der Geschichte der BRD festgenommen.

Im Frühjahr hatten zahlreiche Initiativen und Organisationen vor allem aus der Region begonnen, einen EU-„Gegengipfel“ vorzubereiten. Geplant waren Veranstaltungen, die Demonstration am 10.12.1994 und eine Konferenz mit vier Foren. Je näher der Termin rückte, desto offensichtlicher wurde die Demonstration Zielpunkt staatlicher Verleumdungen. Das Landesinnenministerium, Verfassungsschutzpräsident Werthebach und die Essener Polizei verbreiteten „Erkenntnisse“, nach denen die Demonstration zum Ausgangspunkt von Störaktionen und Gewalt werden sollte, die zur Gefährdung der in- und ausländischen Teilnehmer des Gipfels führen könnte.

Nur fünf Tage vor der Demonstration, am 5.12., erließ der Essener Polizeipräsident das Verbot. Die Begründung war haarsträubend. Dabei muß man wissen, daß die mit der Polizei abgeklärte Demonstrationstrasse an keiner Stelle näher als ein bis eineinhalb Kilometer an die Essener Messe herankommt, wo der EU-Gipfel sein soll. In der ersten Instanz hob das Verwaltungsgericht Gelsenkirchen das Demonstrationsverbot denn auch wieder auf. Eine Beschwerde der Polizei, bei der neue, vom Verfassungsschutz zusammengetragene „Erkenntnisse“ nachgeschoben wurden, war jedoch erfolgreich und hielt auch vor dem Oberverwaltungsgericht Münster.

Einen Tag vor dem Beginn des EU-Gipfels, am Donnerstag, wird faktisch die ganze Stadt Essen in den Ausnahmezustand versetzt. Nach offiziellen Angaben sind 8 000 Polizisten im Einsatz. Die Stadtviertel um die Essener Messe sind abgeriegelt, Gullis verschweißt, Papierkörbe abmontiert, die U-Bahnen zur Messe fahren nicht. Die Anwohner können nur mit Sonderausweisen in ihre Wohnungen. An den Autobahnausfahrten in Essen und um die gesamte Innenstadt herum errichten Polizei und Bundesgrenzschutz feste Straßenkontrollen, die am Freitag Abend verschärft werden.

Ein krasses Beispiel von Polizeiwillkür: Vier Personen aus Berlin werden in ihrem Auto angehalten, mit vorgehaltenen Maschinenpistolen festgenommen und mit über den Kopf gestülpten Säcken abtransportiert. Ein Kasten Mineralwasser, ein Reservekanister und Toilettenpapier im Kofferraum werden von der Polizei zu Material für den Bau von Molotowcocktails erklärt. Immerhin: Einen Richter, der einen Haftbefehl ausstellt, findet die Polizei nicht.

Am Samstag Morgen erinnert die Innenstadt an ein Gefängnis unter freiem Himmel. Auf dem Willy-Brandt-Platz

(„Mehr Demokratie wagen“), wo die Kundgebung beginnen soll, sind etliche Mannschaftswagen aufgefahren. Dabei kann die Demonstration möglicherweise doch noch legal stattfinden: Erst eine halbe Stunde vor dem geplanten Beginn lehnt das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe einen Eilantrag auf einstweilige Anordnung zur Aufhebung des Demonstrationsverbotes ab.

Trotzdem formieren sich von 12.00 Uhr bis in den späten Nachmittag immer wieder Demonstrationszüge. Manchen gelingt es, 20 Minuten durch die Essener Innenstadt zu demonstrieren, bis sie von der Übermacht von Bereitschaftspolizei und SEKs eingekesselt werden — die Polizei spricht von „Einschließungen“ oder gar „Einfriedungen“. Insgesamt dürften an die 3 000 Leute in die Innenstadt gekommen sein, um zu demonstrieren. 918 werden festgenommen, in Handfesseln abgeführt und teilweise bis Mitternacht in der Polizeischule, in Schießständen und in

Turnhallen von der Polizei festgehalten.

„Die zur Begründung des Demonstrationsverbotes von der Polizei herbeigeredeten gewalttätigen Ausschreitungen blieben aus“, heißt es in einer Erklärung des Essener Bündnisses gegen den EU-Gipfel. Tatsächlich wäre trotz des Polizeiaufgebotes genug Gelegenheit gewesen, Geschäfte oder den Weihnachtsmarkt auseinander zu nehmen. Dies ist trotz des auf Eskalation zielenden Vorgehens der Polizei nicht geschehen, weil es niemand beabsichtigte. Ein Polizeisprecher hatte schon am Samstag Nachmittag in Radio Essen erhebliche Schwierigkeiten, den Einsatz zu begründen. Fast allen Festgenommenen kann schlimmstenfalls die Teilnahme an einer verbotenen Demonstration vorgeworfen werden, eine Ordnungswidrigkeit.

Dennoch: Der nordrhein-westfälische Innenminister Schnoor (SPD), der schon die politische Verantwortung für das Verbot übernommen hatte, gratu-

liert der Polizei zu ihrem martialischen Einsatz. Das Essener Bündnis gegen den EU-Gipfel forderte ihn daraufhin auf, seinen Hut zu nehmen. Gemeinsam mit Abgeordneten von Bündnis 90/Die Grünen und PDS prüft es eine Verfassungsklage gegen das Demonstrationsverbot, denn das Bundesverfassungsgericht hat die einstweilige Anordnung nur abgelehnt, weil es sich aus zeitlichen Gründen nicht in der Lage sah, die von der Polizei angeführten Verbotsgründe zu überprüfen. Roland Appel, grüner Landtagsabgeordneter, will den Polizeieinsatz zum Thema im Innenausschuß machen.

Erfreulich ist, daß die Veranstaltungen des „Gegengipfels“ ungestört stattfinden konnten. Die zahlreichen Vorträge und Referate aus einem breiten Spektrum linker Politik und die Diskussion lieferten wichtige Ansatzpunkte für eine linke Kritik an der EU und an der Großmachtpolitik der BRD. Und die ist dringend notwendig. — (wof)

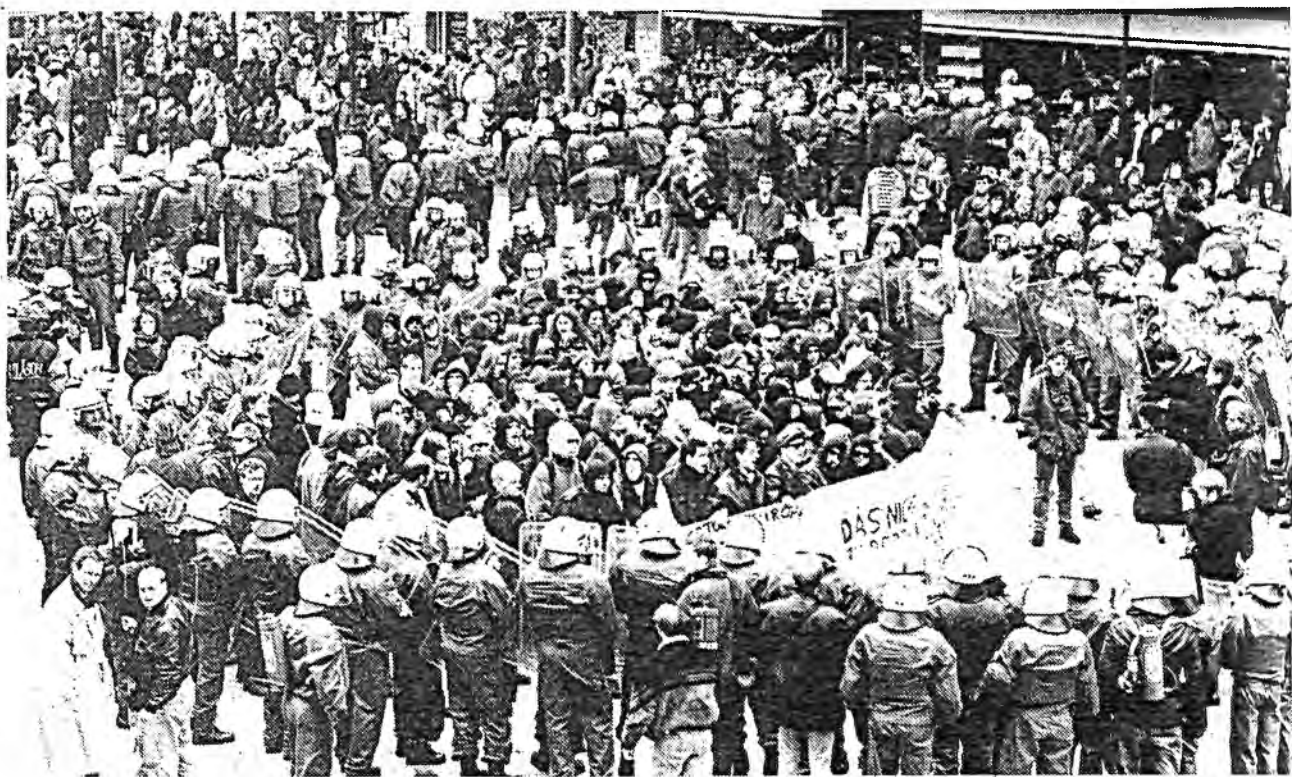


Foto: M. Sch.

Aus der nichtgehaltenen Rede von W. Tellkämper, MdEP, GRÜNE

In Sonntagsreden (steht) im Hinblick auf die Revision der Maastrichter Verträge 1996 eine umfassende Demokratisierung der EU auf der Tagesordnung. Das Resümee für den Gipfel in Essen fällt ernüchternd aus. Die deutsche Präsidentschaft hat außer Spruchblasen nichts auf den Weg gebracht. Im Gegenteil...

Wolfgang Schäuble hat uns den Weg nach Kerneuropa aufgezeigt. Hierbei geht es ... um eine deutsch-französische Vormachtstellung im ökonomischen, außenpolitischen und militärischen Bereich. Schäuble fordert die Möglichkeit eines eigenständigen Handelns der EU-Europäer im Rahmen von WEU und NATO, unter Nutzung von NATO-Mitteln bzw. Teilen der NATO-Stäbe ... Militarisierung, nicht Demokratisierung prägt diese Politik.

Mit dem Maastrichter Vertrag hat die EU eine „Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik“ erhalten ... Durch die deutsch-französische Zusammenarbeit entstand im militärischen Bereich das „Eurokorps“, ein zusätzlicher Spe-

zialverband, über den die Friedensbewegung schon vor mehr als zwei Jahren mutmaßte, daß er als neue Eingreiftruppe der EU agieren sollte. Inzwischen sind diese Truppen durch Ergänzung weiterer nationaler Kontingente aus Belgien und Spanien möglicherweise zur militärischen Vorhut Kerneuropas herangewachsen.

Wir wollen aber keine Supermacht Westeuropa, die weltweit eingreifen will, sondern eine Friedenspolitik der KSZE ...

Mit dem Abschluß der GATT-Uruguay-Runde und dem geplanten Aufbau einer Welthandelsorganisation (WTO), dem das Europäische Parlament aller Voraussicht nach zustimmen wird, vertieft sich die weltweite Spaltung in Arm und Reich unter dem Fetisch der allein seligmachenden Marktwirtschaft ... Auch die Schuldenkrise, für die Banken in Europa kein Thema mehr, stranguliert weiterhin fast alle Gesellschaften des Südens ... Verschärfte Weltmarktkonkurrenz führt zu verschärfter Ausbeutung von Arbeitskraft und Umwelt

... Wir wollen die Demokratisierung und Regionalisierung der Produktion.

Um an Devisen heran zu kommen, muß auf Teufel komm raus, auf Kosten interner Strukturen, exportiert werden. Die Staaten Mittel- und Osteuropas machen inzwischen ähnliche Erfahrungen ... Hier wird deutlich, daß es nicht nur um die Dritte Welt geht ... Langsam bekommen wir eine Ahnung von den Verhältnissen, die uns bevorstehen.

Wer auf diesem Weg, bei dem immer mehr auf der Strecke bleiben und Gewerkschafter im Rahmen der Standortdebatte zu Betriebsgewerkschaftern degradiert werden, nicht mehr mitmachen will, muß eine transnationale Perspektivdebatte beginnen. Die Linke, nicht nur in diesem Lande, hat es versäumt, über nationale Tellerränder hinauszukommen, ohne gleich in das unkritische „Wir sind Europa“ zu verfallen ...

Geben wir ein Startsignal für ein demokratisches, soziales und ökologisches Europa!

Große Koalition im Bundesland Thüringen oder große Manipulation durch die CDU

Dieter Strützel über die Koalitionsvereinbarungen von CDU und SPD in Thüringen

Es bleiben kaum Zweifel: CDU und SPD tun alles, um das Vertrauen in eine parlamentarische Ordnung auch bei jenen drei Vierteln aller Thüringer Wahlberechtigten zu erschüttern, die am 16. Oktober den 2. Thüringer Landtag wählen.

Erinnern wir uns: Zwar blieb die CDU in diesem „schwarzen“ Bundesland mit einer satten Sperrminorität stärkste Partei, zwar rettete sie mit etwas mehr als der Hälfte aller Stimmberechtigten die rückschrittlichste aller deutschen Länderverfassungen ins Ziel. Aber regieren konnte sie eigentlich nicht mehr. Auch nachdem 11,6% aller abgegebenen Stimmen durch die 5%-Klausel wegmanipuliert waren, was der CDU gleich 6% mehr Sitze als Stimmen brachte, blieben die beiden roten Parteien in einer guten Mehrheit, die für die Abwahl der CDU-Regierung in die Wahlen gegangen waren.

Doch es ging nicht nach dem Wahlergebnis. Rote Mehrheiten darf es in Deutschland nicht geben. Rote oder rotgrüne Minderheitsregierungen schon gar nicht. Da ist Rudolf Scharping mit seiner Mehrheit vor. Und sein getreuer Vasall, Nationalpreisträger Schuchardt, hatte schon in sommerlicher Ruhe im vertrauten Ilmenau seinen Lieblingswunsch geäußert: Wirtschaftsminister in einer (nicht von der SPD gestellten) Regierung. Damals klagte er noch, aber „leider“ müsse er ja Ministerpräsident werden. Dem Manne kann geholfen werden, meinte der Rhein-Pfälzer Vogel, der ebenso offen seinen Wunsch äußerte, Ministerpräsident zu bleiben, obwohl er das Wahlziel seiner Partei bei 40 plus x % festmachte.

Und so entstand Ende November aus den Wünschen beider und den Direktiven aus den beiden Bonner Parteihäusern die vierte deutsche große Koalition.

Nachdem das Parlament erst einmal bis zur Wahl des Ministerpräsidenten für 3% seiner Amtszeit auf Eis gelegt wurde, gibt es nun einen Koalitionsvertrag, den die auflagenstärkste Thüringer Regionalzeitung so resümierte: Man könne getrost Geld und Zeit für die anderen 58 Monate sparen und den Landtag bis zu Neuwahlen nach Hause schicken. Etwas anderes als das, was der Koalitionsvertrag vorsehe, dürfe ohnehin nicht geschehen. Womit die Vorhersagen der Vorsitzenden von PDS wie (nicht mehr im Landtag vertretenen) FDP ganz sicher eintreffen würden, diese Große Koalition sei nicht von langer Dauer.

Im Koalitionsvertrag, gegen den mit ihren Nein-Stimmen zu Regierungschef Vogel gleich in der 1. Sitzung drei Abgeordnete der Koalition (71 Sitze) verstießen, ist jedenfalls die Überlebensversicherung enthalten, daß die SPD- und CDU-Abgeordneten stets so stimmen, daß die Landesregierung bei allen Punkten, die in der Vereinbarung „ausdrücklich dissent gestellt“ wurden, „nicht zum Handeln gezwungen wird“.

Über die Vereinbarung selbst läßt sich auch zwei Monate nach der Wahl nicht viel sagen. Die Mehrheit aller Aussagen auf diesen 53 Seiten ist mit einem in deutscher Parlamentsgeschichte wohl einmaligen Vorbehalt versehen, mit dem jedes Sachkapitel schließt: „so weit mit den vorangegangenen Positionen relevante Kosten, die den Landeshaushalt belasten, verbunden sind, handelt es sich um von den Koalitionspartnern angestrebte Maßnahmen, über deren Verwirklichung im Rahmen der Haushaltsberatungen befunden wird. Dort muß entschieden werden, was jeweils finanzierbar ist und was zurückgestellt werden muß.“

Haushaltsdebatte statt Regierungs-

programm und Abschlusserklärungen, mit denen vor allem die SPD-Basis mit Verweis auf die „deutliche Handschrift“ ihrer Partei zu Zustimmung und Stillhalten gebracht wird, das ist die deutliche Handschrift der CDU. Denn so sitzt mit SPD-Vize Schuchardt neben den beiden Importministern Industrie und Inneres immer Theo Waigel mit am Tisch, wenn es um Entscheidungen geht.

Und damit es der Kanzler leichter hat und die SPD nicht über die Zwei-Drittel-Mehrheit im Bundesrat mitregieren kann, wird auch ein Stück Grundgesetz dispensiert: „Wird im Kabinett keine Übereinstimmung erzielt und handelt es sich für einen Koalitionspartner begründet um eine Angelegenheit grundsätzlicher Bedeutung, so wird sich Thüringen im Bundesrat an der Abstimmung nicht beteiligen ... Den ordentlichen Platz des Freistaates Thüringen im Vermittlungsausschuß wird der Ministerpräsident ... besetzen.“

Ethnologen und Kulturosoziologen sprechen bei der Ursachenanalyse für das krisengeschüttelte Nordirland und das brachgelegte Wales von „internal colonialism“, d.h. Abhängigkeit der Peripherie von der Metropole und Hegemonie der Metropole in allen Entscheidungshierarchien. Doch was kümmert uns das alte England?

Doch all das scheint der CDU noch zu unsicher. Nachdem das Ansinnen, die Sitze in den Ausschüssen des Thüringer Landtages auf sieben zu begrenzen, von denen vier an sie fallen und die Roten sich in den Rest teilen sollten, nun doch zu plump war, holte sie mit den Stimmen ihrer Koalitionäre sich fünf von zehn Sitzen. So wurden aus den 42% Stimmen bei der Wahl und 48 Sitzen im Landtag 50% Sitze in Regierung und Ausschüssen.

Als die SED ihre knappe Mehrheit aus den Landtagswahlen 1946 offenkundig zu verlieren fürchtete, schuf sie die Liste der „Kandidaten der Nationalen Front“, in der ihre Hegemonie festgeschrieben wurde, bis sie das Volk der DDR 1989 beseitigte. Als die CDU 1994 ihre satte Mehrheit von 1990 verlor, schuf sie die Große Koalition. Siehe oben.

Inzwischen liegt die Regierungserklärung vor. Sie magert die Koalitionsvereinbarung weiter ab. Warten wir also die Haushaltsdebatte ab, die „blaue Worte“, wie es in der Breschnew-Ära in Moskau hieß, und Realitäten scheiden wird.

Als am Wochenende vor den Wahlen der damalige Herausforderer mit den Essentials des SPD-Wahlprogramms den Mann attackierte, der ihm jetzt — nach Thüringer Verfassung — die Richtlinien seiner Politik vorschreibt, prophezeite ihm dieser süffisant, daß von all dem nach den Wahlen nichts mehr übrig bleiben würde. „Ahnungsvoller Engel“, meinte der deutsche Nationaldichter aus Schwaben. Der Weg von den Wahlreden über Koalitionsvereinbarung und Regierungsbildung zur Stunde der Wahrheit im Haushaltsentwurf markiert, wie sich SPD- in CDU-Stimmen wandeln, wie der Reformdruck in Deutschland in die rechte Modernisierung kanalisiert wird (Manfred Stolpe).

Ob es dem Teilkonstrukteur der Großen Koalition gelingt, die SPD mit Haut und Haar einzubauen, oder ob jene die Mehrheit bekommen, die sich für den Gothaer Landesvize Neumann als „nicht-koalitionsdisziplinierten“ Landeschef stark machen, entscheidet sich am Sonntag auf dem Landesparteitag. Danach werden weitere Nebel fallen.

Dieter Strützel ist Stellvertreter der PDS-Landesvorsitzenden in Thüringen

Ein Staatsanwalt sah Rot! Sachsen: Urteil gegen Totalverweigerer geändert, übereifriger Polizeieinsatz.

Am 4. Mai 1994 verurteilte das Amtsgericht Riesa den Totalverweigerer Andreas Wieland aus Magdeburg wegen Fahnenflucht und Gehorsamsverweigerung zu einer einjährigen Freiheitsstrafe ohne Bewährung. Andreas war und ist nicht bereit, Wehr- oder Wehersatzdienst (Zivildienst) zu leisten, und hat dies in einer ausführlichen Prozeßklärung eindringlich dargelegt. Amtsrichter Schulze mußte dies zur Kenntnis nehmen und kam nicht umhin, Andreas als „Gesinnungstäter“ anzuerkennen, da „sowohl Fahnenflucht als auch Gehorsamsverweigerung nicht aus Bequemlichkeit und Vermeidung von körperlicher Anstrengung begangen wurden“. Warum Andreas doch hinter Gitter sollte, zeigen Kostproben aus der genialen Urteilsbegründung des Amtsgerichtes Riesa.

Klar, daß das Urteil so nicht hingenommen werden konnte. Zumal es der gängigen Rechtsprechung in Sachen Totalverweigerung in der alten Bundesrepublik in den letzten zehn Jahren widerspricht. Rechtsanwalt Kaleck und Andreas Wieland legten Berufung ein.

So trafen wir uns also am 4. November 1994 zur Berufungsverhandlung im Landgericht Dresden. Freunde aus

Magdeburg, Mitglieder der Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär, Journalisten von *Junge Welt* und ND sowie Angela Schneider (MdL) waren gekommen, um Andreas zu unterstützen. Die Bundeswehr verzichtete diesmal auf ihre Präsenz.

Zu Beginn der Verhandlung wurde der Lebenslauf von Andreas in aller Ausführlichkeit besprochen. Das reichte von Erlebnissen im Kindergarten bis zur Facharbeiterausstellung. Das Gericht wunderte sich, daß Andreas „schon“ nach zehn Jahren die Polytechnische Oberschule verlassen hatte und eine Facharbeiterausstellung beginnen konnte. (So furchtbar war das damals!) Alles sehr interessante Fragen, die einen großen Einfluß auf das Urteil haben! Schließlich mußte man aber auf die zwei Stunden Verhandlungszeit kommen.

Zur Sache gab es nicht viel Neues zu sagen. Andreas bekräftigte seine Haltung, und Richter Kleinheinz kam auch nicht umhin, diese Motive anzuerkennen. Richter Kleinheinz war sichtlich bemüht, Gründe zu finden, die es ihm

erlaubten, ein sichtbar milderer Urteil zu fällen. Er wurde da von Staatsanwalt Respondek auf das Beste unterstützt,



der in einem zehnmündigen, aus Mangel an Argumenten eher gestotterten Plädoyer eine Bewährungsstrafe forderte. Rechtsanwalt Kaleck brillierte bei seinem Vortrag. Sichtbar versanken die Vertreter der Justiz — unter der Last der Argumente — in ihren Sesseln. Kaleck stellte dem Riesaer Urteil Urteile aus Magdeburger Skin-Prozessen gegenüber. Hier waren die Angeklagten wegen schwerer Körperverletzung zu Bewährungsstrafen verurteilt worden. Deutlich zeigte der Rechtsanwalt, daß die Verweigerung des Wehrdienstes vom Amtsgericht Riesa höher bewertet wurde als die Körperverletzung.

Richter Kleinheinz stellte fest, daß eine Strafe ausgesprochen werden muß, da es Pflichten in der Gesellschaft gibt, die alle leisten müßten. „Wir können das nicht ändern.“ Das letzte Wort blieb bei Andreas Wieland: „Einer muß ja mal anfangen, etwas zu ändern.“

Die Entscheidung der 11. Strafkammer am Landgericht Dresden:

Das Riesaer Urteil samt seiner großartigen Begründung wird aufgehoben. Andreas wurde zu acht Monaten Freiheitsentzug auf Bewährung und 60 Stunden gemeinnütziger Arbeit verurteilt. Ein Urteil, das nicht zufriedenstellt, mit dem man aber unter den derzeitigen gesellschaftlichen Verhältnissen leben kann.

Hier wäre eigentlich der Bericht zu Ende. Eigentlich! Wäre da nicht noch von einer übereifrigen Reaktion der Polizei und Justiz zu berichten. Es ging gegen die ca. 50 Zuschauer der Verhandlung. Die Freunde der Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär hatten das ehrwürdige Gerichtsgebäude mit signalroten Aufklebern dekoriert. Vier davon zielen die Außenfassade. Die Aufschrift der Aufkleber: „Soldaten sind Mörder“ (Tucholsky). Als sich das Gericht zur Beratung zurückzog, die Zuschauer den Saal verließen, bevölkerten ca. 15 Polizisten den Gang. Nichts Ungewöhnliches für ein Gericht. Ungewöhnlich war jedoch, daß keiner den Gang verlassen durfte. Wer den Gang betreten wollte, sollte sich durchsuchen lassen. Des Rätsels Lösung: Ein Staatsanwalt sah rot! — näm-

Fortsetzung nächste Seite unten

Geheimdienstkontrolle à la CDU in Sachsen

Bleibt die PKK des alten Landtages bis zum Sankt Nimmerleinstag im Amt? Von Heinrich Stein

Wäre das Ganze nicht so ernst, könnte man die seit zwei Sitzungstagen anhaltende Posse im Landtag mit einem hintergründigen Lächeln ad acta legen. Die CDU-Fraktion macht die Wahl des fünften Mitglieds der Parlamentarischen Kontrollkommission zu ihrer internen PDS-Hitparade: Fünf Kandidaten hat die PDS-Fraktion für den ihr laut Geschäftsordnung zustehenden Sitz in dem Gremium, das den entscheidenden Unterschied — die demokratische Kontrolle — zwischen Staatssicherheit und Verfassungsschutz markieren soll, bisher aufgestellt. Und alle fünf konnten am Stimmresultat ablesen, welchen Platz ihm oder ihr die Mehrheitsfraktion im Landtag zubilligt.

Bis auf Peter Porsch, der bei 45 Ja-Stimmen einige Zustimmung von der CDU bekommen haben muß, sah die Unionsfraktion die anderen Kandidaten (Christine Ostrowski, Brigitte Zschoche, Klaus Bartl, Jürgen Dürschmidt) am liebsten draußen vor der Tür. Wenn schon nicht des Landtags, dann doch zumindest vor der der PKK. Eines freilich haben alle bisherigen PDS-Kandidaten gemeinsam — die CDU-Fraktion verhinderte ihre Wahl in die Parlamentarische Kontrollkommission. Denn dafür sind 61 Stimmen notwendig. Was letztlich bedeutet, daß, volle Zustimmung bei PDS- und SPD-Fraktion vorausgesetzt, mindestens 17 CDU-Abgeordnete den Stimmzettel in der geheimen Wahl für ein Ja nutzen müßten. Dieser Sprung über den eigenen Schatten ist bisher nur sehr wenigen Mitgliedern der Mehrheitsfraktion gelungen.

Egal, wie man die Wirksamkeit einer Geheimdienstkontrolle durch die PKK beurteilt, heißt dies zunächst vor allem eins: Die gesetzlich vorgeschriebene parlamentarische Kontrolle der Sächsischen Staatsregierung „hinsichtlich der Aufsicht des Staatsministeriums des Innern über das Landesamt für Verfassungsschutz und hinsichtlich der Tätigkeit des Landesamtes für Verfassungsschutz“ wird erschwert, wenn nicht nahezu unmöglich gemacht. Es ist kaum absehbar, ob die CDU-Fraktion ihr Verhalten aufgibt. Bei noch möglichen 16 PDS-Kandidaten könnten die sächsischen Schlapphüte mindestens noch ein halbes Jahr im Verborgenen wirken, ohne daß ihnen jemand auf die Finger sieht. Nach § 16 Abs. 5 des Sächsischen Verfassungsschutzgesetzes übt zwar die in der vergangenen Legislaturperiode gewählte PKK ihre Tätigkeit auch nach

Ablauf der Wahlperiode solange aus, bis der nachfolgende Landtag eine neue Kommission gewählt hat. Aus der alten PKK gehören aber nur noch zwei von fünf Mitgliedern dem neuen Landtag an.

Einer davon ist deren Chef, Hans Heinz Lehner (CDU). Dem stieß das von seiner Fraktion verursachte Dilemma sauer auf. Immerhin steht die demokratische Legitimation des Verfassungsschutzes auf dem Spiel. Der soll ja nach Meinung der Bayern die PDS beobachten, so daß es schon etwas ganz Eigenes hat, wenn die auch nach Meinung nicht weniger in der sächsischen Union zu Kontrollierenden ihre Kontrolleure kontrollieren, so sich die Bayern bundesweit durchsetzen würden. Da machen zwar die SPD-Länder nicht mit, doch was nicht ist, kann ja noch werden. Doch alles politische Planspiel kann nicht die Gesetze aushebeln. Und da die Vorschriften des § 16 Abs. 2 SächsVSG und des § 9 Abs. 2 Satz 2 der Geschäftsordnung des Sächsischen Landtages nun einmal festlegen, daß die PDS das Vorschlagsrecht für das fünfte PKK-Mitglied hat, schafft die CDU-Verweigerung eine verfassungsrechtlich schwerhaltbare Situation.

Offensichtlich ist Hans Heinz Lehner aber eine innerfraktionelle Werbetour für die einfachste Lösung — die Wahl des nächsten PDS-Kandidaten — nicht eingefallen, oder dies versprach wenig Erfolg. So bat der oberste sächsische Geheimdienstkontrolleur den Landtagspräsidenten, „rechtlich prüfen zu lassen, ob eine Konstituierung der Parlamentarischen Kontrollkommission möglich ist, bevor die im Gesetz vorgeschriebene Anzahl der Mitglieder gewählt ist“. Dann nämlich wäre die CDU-Fraktion vorerst aus dem Schneider und könnte weiter auf Zeit spielen. Doch der Juristische Dienst des Landtages spielte den Ball wieder ins Feld der CDU-Fraktion zurück. „Die Wahl der PKK muß jedenfalls dann als durchgeführt gelten, wenn die gesetzliche Mitgliederzahl von fünf gewählt wurde und zwei Mitglieder der parlamentarischen Opposition angehören.“ Zweifelhafte ist die Wahl der Kommission im vorliegenden Falle vor allem deshalb, weil weder die gesetzlich vorgeschriebene Zahl der Mitglieder erreicht wurde noch zwei Mitglieder der Opposition angehören.“ Mithin bleibt die alte PKK, bei der die aktiven Parlamentarier in der Minderheit sind, im Amt. Denn der Ausweg, den der Juristische Dienst zu erkennen meint, führt in die

Irre. Weitergehende Überlegungen könnten danach erst angestellt werden, wenn die „alte PKK durch das Ausscheiden von Mitgliedern, z.B. durch Verzicht bzw. Amtsniederlegung“, nicht mehr arbeitsfähig ist. Doch dann gäbe es überhaupt keine PKK. Anzunehmen, in einer solchen Situation könnten Abstriche an der gesetzlich vorgeschriebenen Zusammensetzung der PKK rechtlich zulässig sein, ist ein juristischer Irrweg.

Darüber ist sich wohl letztlich auch der Juristische Dienst im Klaren: „Allein aus der Tatsache, daß diese von Gesetzes wegen gebotene Wahl des fünften Mitglieds der PKK an der Mehrheit im Landtag trotz mehrerer Wahlgänge bisher gescheitert ist, läßt sich eine Umgehung bzw. Nichtbeachtung der gesetzlichen Vorschriften des SächsVSG über Größe und Zusammensetzung der PKK nicht rechtfertigen.“

Es dürfte den Landtagsjuristen indes schwer fallen, Tatsachen zu finden, die es rechtfertigen, daß Gesetze mißachtet

werden. Die Unionsfraktion kommt aus der vertrackten und verfassungsgesetzlich fragwürdigen Situation, in die sie sich hineinmanövriert hat, nur heraus, wenn sie als Mehrheitsfraktion die Wahl des fünften PKK-Mitglieds nicht mehr blockiert. Es sei denn, sie will die Verfassungsschutzkontrolle derart entwerten, daß sie sie von der alten PKK weiterführen läßt. Was für eine Übergangssituation zwischen zwei Wahlperioden gedacht war, drohte dann in Sachsen zum Regelfall zu werden. Die Verfassungsschutzkontrolle selbst, ohnehin mit großen Imageproblemen behaftet, müßten in diesem Fall wohl tätig werden, um die Verfassung zu schützen.

Natürlich gäbe es noch eine dritte Möglichkeit: Die CDU erklärt verbindlich, daß sie überhaupt nicht daran denkt, ein Mitglied der PDS-Fraktion als Mitglied der PKK zu wählen. Dann könnte ohne Verzögerungen der Verfassungsgerichtshof des Freistaates Sachsen das letzte Wort sprechen.



Der Vorstand der gerade für die Privatisierung in eine Aktiengesellschaft umgewandelten Bahn AG will die Hälfte der noch verbliebenen 120 000 Beschäftigten der Bahn AG in den neuen Bundesländern entlassen. Ende November demonstrierten in Cottbus 400 Eisenbahner aus der Niederlausitz gegen diese Pläne. — (rül)

PDS-Stiftung fordert Zuschüsse

Berlin. Die PDS-nahe Stiftung „Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung“ e. V. ist seit geraumer Zeit damit befaßt, um die ihr zustehenden staatlichen Zuschüsse zu kämpfen. Gegründet als Bildungs- und Diskussionsverein hat die „Gesellschaftsanalyse“ im Osten Berlins inzwischen regen Zuspruch gefunden. Nur — Zuschüsse aus staatlichen Fonds wurden ihr bisher versagt. Begründung: Ihre Vorstöße wurden ihr bisher immer versagt, weil die PDS innerhalb der Bundesrepublik keine dauerhafte politische Kraft darstelle. Spätestens seit den Bundestagswahlen am 16. Oktober hat sich das geändert. Aber nach wie vor stößt die Stiftung auf ablehnende Haltungen. Die PDS will nun eine „Rosa-Luxemburg“-Stiftung gründen, in die die „Gesellschaftsanalyse“ übergeht, und will dafür die ihr zustehenden Mittel von jährlich ca. 25 Millionen DM für 1995 beantragen. Das wäre in etwa die Summe, die die parteinahen Stiftungen der etablierten Bundespar-

teien jährlich anteilmäßig erhalten. Insgesamt sind das 465 Millionen.

Die CDU-Fraktion zeigt sich entschlossen, den Antrag der PDS im Bundestag abzulehnen. Laut *Berliner Morgenpost* sagte der Vorsitzende des CDU-Arbeitskreises Haushalt, Adolf Roth, daß die CDU „nicht bereit ist, einer Partei mit ungeklärtem Verhältnis zur Verfassung öffentliche Mittel in Millionenhöhe zur Verfügung zu stellen“. Die CDU weigert sich auch, „einer PDS-nahen Stiftung ABM-Maßnahmen für ehemalige SED-Eliten aus Steuergeldern zu finanzieren“.

Die PDS will sich damit nicht abfinden. Sie will vor das Bundesverfassungsgericht ziehen und ihr Recht einklagen. Experten sind der Meinung, daß die PDS durchaus gute Karten hat und es schwierig sein dürfte, der PDS Verfassungsuntreue nachzuweisen. Zumindest der Erfolg in Sachen Steuerforderung des Berliner Finanzamtes ermutigt auch in dieser Angelegenheit.

Quelle: „Berliner Morgenpost“, 24. 11.; „Neues Deutschland“, 24. 11. — (abe)

Fortsetzung von Seite 11:

lich die Aufkleber.

Weil das Kleben dieser Corpus delicti wenigstens Sachbeschädigung ist, sollte nach Ende der Verhandlung eine Masendurchsuchung der Zuschauer stattfinden. Man hoffte, die Übeltäter und die Aufkleber zu finden. Papier und Stift lagen bereit, um von allen die Personalien aufzunehmen. Ein Magdeburger Freund, der es geschafft hatte, die Toilette aufzusuchen, wollte unbedingt das Urteil hören. So kam es, daß er nackt bis zum Haaransatz auf dem Gang stehen mußte. Auch Andreas Vleland mußte sich dieser Tortur unterziehen, immerhin mußte er wieder in den Gerichtssaal. Da es allen so ergehen sollte, waren die Ausgänge des Gebäudes bewacht.

Ob es nicht peinlich sei, solch ein Theater zu veranstalten, wurde ein Polizist gefragt. Die Antwort: „Wir sind hier in Sachsen!“ Beste Realsatire! Wir haben uns köstlich amüsiert. Doch sollte man den ersten Hintergrund der Sache nicht vergessen. Das Polizeigesetz läßt grüßen! Es ist schon erstaunlich, wie schnell Polizei und Justiz reagieren, wenn mittels Aufkleber der Staat zum Wanken gebracht werden soll. Noch diskutierte alles, wie man sich verhalten sollte, da kam Entwarnung von Staatsanwalt Respondek. Alle können das Gebäude verlassen, keiner wird durchsucht. Ein wirklich lustiger Nachmittagsausklang im Staatstheater des Lebens.

aus: „Der klare Blick“ — Linke Zeitung für Chemnitz, Jens Wilde, Nr. 49/94

Ein Dokument der Verdrängung . . .

Andreas Schulze über die Bundesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Grüne in Babelsberg

Die Babelsberger Bundesdelegiertenkonferenz der Bündnisgrünen ist Geschichte. Das Pflichtprogramm wurde erledigt und läßt sich recht kurz zusammenfassen. Die Partei hat einen neuen Vorstand. In Babelsberg wurden Krista Sager und Jürgen Trittin zu SprecherInnen der Partei gewählt. Während sich die 41jährige Lehrerin aus Hamburg, die sich als „Realpolitikerin“ sieht, mit 310 Stimmen hauchdünn gegen die Thüringerin Christiane Ziller (300 Stimmen) durchsetzen konnte, erreichte der „linke“ Trittin ohne Gegenkandidaten mit 85,4% der abgegebenen Stimmen das beste Wahlergebnis in der Geschichte grüner SprecherInnenwahlen. Der 40jährige Diplom-Sozialwirt und Mitbegründer der niedersächsischen Grünen forderte in seiner Rede die „Herausarbeitung eines klaren Oppositionsprofils der Grünen als ökologische, soziale, feministische, radikaldemokratische Reformpartei“. Mit „Brückenschlägen“ und dem Angebot zu „einem Diskurs mit der Jugend“ umriß Christa Sager ihre Vorstellungen. „Links“ und „Nichtlinks“ sind ausartiert und die Partei ist es zufrieden. Heide Rühle und Henry Selzer wurden in ihren Ämtern (politische Geschäftsführerin bzw. Schatzmeister) bestätigt, ehe mit Christiane Ziller (Thüringen), Regine Barth (Köln), Rita Selitrenny, Karsten Speck (beide aus Leipzig) und Kambiz Behbahani (aus dem Iran bzw. Berlin) die BeisitzerInnen gewählt wurden.

Der eigentliche Fortschritt

Von prominenten Mitgliedern des ehem. Bündnis 90 wurde (... was kümmert mich mein Geschwätz von gestern ...) vehement die Ost-West-Quotierung der SprecherInnenposten abgelehnt, so daß nunmehr zwei Norddeutsche diese Ämter besetzen. Schlechte Karten hatten schwarz-grüne GedankenspielerInnen. Fischer, Vollmer, Sager, Trittin führten die Fronde derer an, die eine Einstellung der „Gespensterdebatte“ forderten. Entsprechend ging die BeisitzerInnenwahl aus. Das Klagelied von der angeblichen Abwicklung des Bündnis 90 bei der Vorstandswahl muß absurd wirken, angesichts der heftigen Auseinandersetzungen, die die östlichen Delegierten untereinander austrugen. Mit dem „völlig neuen Politikstil des Ostens“ hatte das wenig zu tun. Eher wird hier der eigentliche Fortschritt innerhalb der Partei offenbar: Die politische Diskussion bei Bündnis 90/Die Grünen verläuft nicht mehr jenseits der Ost-West-Trennlinie. Mitglieder aus dem Osten definieren sich selbst und ihre politischen Haltungen zunehmend nicht mehr wolkig „östlich“, sondern an konkreter Politik. Das kann im Einzelfall rot-grün, schwarz-grün, PDS-nah, PDS-fern, feministisch, radikaldemokratisch, halblinks, halbrechts oder halbsonstirgendwas sein. In jedem Fall aber sind die Bündnisgrünen in den neuen Ländern dabei, ihre politische Heimat politisch zu definieren. Das kann denen, die es bisher verstanden haben, ihre Interessen als genuine Ost-Interessen zu verkaufen, passen oder nicht, es ist so. Bisher gültige Alleinvertragsansprüche sind gebrochen, und das ist gut so.

Kritik erntete die Bündnisgrüne Bundestagsfraktion: Daß die Fraktion auf den Vorsitz im Umweltausschuß verdrängt wurde, wurde ihr verübelt. Daß Fraktionssitzungen neuerdings hinter

verschlossenen Türen stattfinden sollten, mochte die BDK nicht hinnehmen — ein gegenteiliger Beschluß wurde gefaßt.

In Resolutionen protestierte die BDK gegen die Abschiebung abgelehnter AsylbewerberInnen in die Türkei und in das frühere Jugoslawien. Ebenfalls abgelehnt wurde ein militärisches Engagement in Bosnien, mit der bündnisgrünen Neuerung, daß durch verstärkten Blauhelm-Einsatz Schutzzonen zu solchen werden sollen.

Die eigentliche Verdrängung

Ansonsten üben sich die Bündnisgrünen weiter im Ignorieren der internen Probleme. Die Ost-Landesverbände liegen im Abgrund, aber den Bündnisgrünen geht es gut. Strategie der Gesamt-

partei? Debatte über den „Aufbau Ost? Strategien für ein flexibles Verhältnis von Kooperation und Konkurrenz gegenüber der PDS? Fehlanzeige in allen Punkten! Verdrängung nennt der Psychologe das Drumherumdrücken um Debatten und Antworten. Dokument dieser Verdrängungsmechanismen ist die Debatte um sofortigen Umzug der Bundesgeschäftsstelle der Partei nach Berlin. Umzugsdebatten, das zeigt schon der Bundestag, können auf der nach unten offenen Richter-Skala beliebig versimplifiziert werden. Davon wurde reger Gebrauch gemacht. Als wären alle Probleme mit dem Umzug zu lösen, warfen sich MdBs, VorständlerInnen und selbsternannte MeinungsführerInnen in die Brust, keine Platttheit wurde ausgelassen, kein Klischee umgangen. Ein Mindestmaß an Vernunft bestimmte letztendlich den Beschluß,

wonach die Bündnisgrünen 1998 ihren Wahlkampf von Berlin aus organisieren wollen.

Wenn dies die einzige Konsequenz aus dem Wahlergebnis vom 16. Oktober bleibt, sieht es traurig aus. Wer sich nicht in die lächerlich wirkende Reihe all der Matadore jener Bundestagswahlkampf einreihen will, die durch die Bank strahlende Sieger der Wahl gewesen sein wollen, kann über drei Fakten nicht hinwegsehen. Erstens wurde das zentrale Wahlziel nicht erreicht, die Kohl-Regierung zu kippen, was jenseits grüner Parteibelange wohl das Wichtigste und Traurigste ist. Zweitens ist eine Veränderung des alten Parteiensystems der Bundesrepublik in Gang gekommen, die der Tendenz nach durch Verschwinden der FDP und Etablierung der PDS gekennzeichnet ist. Die damit verbundene Dreispaltung der Opposition droht die rot-grüne Option zunächst zu verschütten, während die prekäre Lage der FDP Ampelkoalitionen obsolet werden läßt. Deshalb wird es schwierig werden, der SPD den Weg in eine große Koalition der Besitzstandswahrer zu versperren. Und drittens ist die lebensbedrohliche Krise offenbar geworden, der sich die Bündnisgrünen in Ostdeutschland gegenübersehen. Bedrückend ist vor allem der Umstand, daß nicht mehr abzusehen ist, wie der kontinuierliche und sich selbst verstärkende Abwärtstrend gestoppt werden kann und mit welchen Mitteln die erhoffte Erholung eingeleitet werden kann.

Außenstehende Beobachter werden kühl analysieren: Die Nichtexistenz einer kommunistischen Partei sei schon immer eine westdeutsche Besonderheit gewesen, und zur deutschen Normalisierung nach der Wiedervereinigung gehöre eben auch die Etablierung einer postkommunistischen Partei, wie sie in Ost- und Westeuropa gang und gäbe ist. Die aufgeregten Gemüter von CSU bis Grüne sollten doch zufrieden sein, schließlich sei die PDS nicht halb so stalinistisch wie die KP Frankreichs. Und was die Grünen angehe, so erlitten sie das im übrigen Europa alltägliche Schicksal, zwischen Sozialdemokratie und Reformkommunismus eingeklemmt zu sein und im Zweifelsfall zerrieben zu werden. Politisch Handelnde können das nicht so locker sehen, und auch coole Analytiker sollten folgendes bedenken. Käme es zum unaufhaltsamen Aufstieg einer postkommunistischen Partei, die deutlich stalinistische Eierschalen hinter den Ohren hat, und zum gleichzeitigen Niedergang der Bündnisgrünen, stünde erstens die Existenz einer freiheitlichen Linken auf dem Spiel, die in Westdeutschland letztlich aus der antiautoritären Revolte und in Ostdeutschland aus der revolutionären Erhebung gegen den Obrigkeitsstaat der SED geboren wurde. Und zweitens steht und fällt mit den Grünen die einzig sichere Bastion, die die Jahrhundertaufgabe ökologischer Umbau der Industriegesellschaft im deutschen Parteiensystem hat.

Der allgemeine Rückfall in die anti-kommunistische Rhetorik des Kalten Krieges hat die PDS nur gestärkt. Ist doch die PDS in Ost-Berlin stärkste Partei geworden, hat dort vier von fünf zu vergebenden Direktmandaten ergattert und auf diesem Weg ihr bundespolitisches Überleben gesichert. Auch der bündnisgrüne Beitrag zur Quarantänepolitik — Keine Zusammenarbeit mit der PDS, jede Stimme für die PDS ist

Fortsetzung nächste Seite oben

dokumentation

Wahlanalyse

Verteilung der Wählerschaft von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nach Alter und Geschlecht bei gesamtstaatlichen Wahlen seit 1983

	1983	1987	1990	1994
Gesamtergebnis	5,6	8,3	5,1	7,3
davon Männer	5,9	8,3	5,0	7,0
Frauen	4,8	7,7	5,5	8,2
Altersgruppe 18-24	13,9	15,5	11,0	14,2
davon Männer	14,2	14,5		12,9
Frauen	13,5	16,5		15,8
Altersgruppe 25-34	10,8	17,4	9,9	12,7
davon Männer	11,5	16,9		11,5
Frauen	10,1	17,9		14,2
Altersgruppe 35-44	4,4	9,6	6,0	10,5
davon Männer	4,7	9,9		9,5
Frauen	4,1	9,3		12,0
Altersgruppe 45-59	2,1	3,8	1,9	4,3
davon Männer	2,4	3,7		3,9
Frauen	1,5	3,9		5,0
Altersgruppe 60 u. mehr	1,3	1,8	0,7	2,5
davon Männer	1,5	2,2	0,7	1,9
Frauen	1,1	1,6	0,7	3,2

Quellen: 1983-1990 Statistisches Bundesamt, 1994 Forschungsgruppe Wahlen

Vergleich der Länderergebnisse bei Bundestagswahlen
Gesamtergebnis (bis 1989 nur West, danach Ost und West)

	1983	1987	1990	1994
Schleswig-Holstein	5,2	8,0	4,0	8,3
Hamburg	8,2	11,0	5,8	12,6
Niedersachsen	5,7	7,5	4,5	7,1
Bremen	9,7	14,5	8,3	11,1
Nordrhein-Westfalen	5,2	7,5	4,3	7,4
Hessen	6,0	9,4	5,6	9,3
Rheinland-Pfalz	4,5	7,5	4,0	6,2
Baden-Württemberg	6,8	10,0	5,7	9,7
Bayern	4,7	7,7	4,6	6,3
Saarland	4,8	7,1	2,3	5,8
Berlin (Grün u. B 90)			7,2	10,2
Brandenburg			6,2	2,9
Mecklenburg-Vorpommern			5,9	3,6
Sachsen			5,9	4,8
Sachsen-Anhalt			5,3	3,6
Thüringen			6,1	4,9

Quellen: 1983-1990 Statistisches Bundesamt, 1994 Forschungsgruppe Wahlen

aus: „Schrägstrich“, Mitgliederzeitung von Bündnis 90/Die Grünen, Nr. 11/94

Fortsetzung von Seite 13:

eine verlorene Stimme im Kampf gegen Kohl — hat bei den Wählerinnen und Wählern vorhersehbar geringen Anklang gefunden. Die PDS beginnt in die grünen Hochburgen in der westlichen Innenstadt einzudringen, ihre Wanderungsbilanz gegenüber den Bündnisgrünen ist positiv, und jeder vierte bündnisgrüne Wähler im Osten hat mit seiner Erststimme die PDS-Kandidatin gewählt.

Konsequenzen ziehen

Eine rasche Neuorientierung bündnisgrüner Politik in Berlin und den anderen östlichen Bundesländern ist unausweichlich, wenn von kommenden Landtagswahlen eine Wende zum Besseren ausgehen soll. Die „Stasi-Debatte“ — wie verkürzt genannt wird, was der Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit dient — einzustellen, steht außerhalb jeder Diskussion. Im Gegenteil stünde der Republik zusätzlich zur Arbeit der Gauck-Behörde ein wissenschaftliches Zentrum gut zu Gesicht, das sich die interdisziplinäre Erforschung des „Realsozialismus“ zur Aufgabe macht. Denn wir wissen über die Funktionsweise dieses Gesellschaftssystems, das unser Jahrhundert mitgeprägt hat, und über die Gründe seines implodierenden Untergangs noch viel zu wenig. Unwissenheit ist bekanntlich der Stoff, der Mythen und Legenden nährt.

Doch so wichtig historische Klarsicht für aufgeklärte Politik ist: sie kann die aktuelle Politik nicht ersetzen, die zu meist in kleinerer Münze zahlt und darauf zu antworten hat, daß das Leben, auch während wir uns erinnern, weitergeht und neue Fragen aufwirft. Den Bündnisgrünen sollten dabei ohne Anspruch auf Vollständigkeit die folgenden Problemkomplexe intensives Nachdenken wert sein. Der dahinter stehende Gedanke ist jeweils, Bündnis 90/Die Grünen als eigenständige sozialökologische Kraft zu profilieren, die in der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik viel zu bieten hat. Zudem eine eigenständige Kraft, die sich bei der Suche nach potentiellen Bündnispartnern für diese Politik strikt von sachlichen Erwägungen leiten läßt, der CDU-Kampagne mit Gelassenheit entgegentritt und sich von den antikomunistischen Verkrampfungen der SPD ebenso freihält wie von den fundamentaloppositionellen Eiertänzen der PDS.

Traurig aber wahr: Seit dem Ende der außerparlamentarischen Bewegungen fehlt den Grünen die Kraft, politische Themen eigenständig und gegen die unwilligen bis feindseligen Medien auf die öffentliche Tagesordnung zu setzen. Umso dringender wird, daß die Partei neben einzelnen, konkreten Regierungs- und Reformprojekten auch über ein oppositionell geschärftes, allgemeinpolitisches Profil verfügt, das in von ihr angestrebten Richtungsentscheidungen Orientierung bietet. Um als eigenständig wahrgenommene Kraft aus dem Schatten der SPD herauszutreten, werden Bündnis 90/Die Grünen wieder den Mut finden müssen, Reformkonzepte so zu formulieren, daß sie sich strikt auf der Höhe des zu lösenden Problems bewegen — auch wenn sie dadurch den Horizont des unmittelbar und koalitionspolitisch Machbaren übersteigen.

Vielen ostdeutschen Bürgern erscheint das aus dem Westen importierte Gesellschaftssystem zumindest in seiner konkreten Gestalt viel weniger naturgegeben als den Westdeutschen, weil sie gerade die Erfahrung hinter sich haben, daß man Gesellschaftssysteme auch wechseln kann. Entsprechend häufig sind weitreichende Änderungsvorschläge verbreitet, die nicht zuletzt

nach Finanzierbarkeit fragen, bis hin zu Vorstellungen von irgendwie gearteten „Dritten Wegen“ und demokratischen Formen sozialistischen Selbstverständnisses. Die Frontstellung gegen die PDS als Ganzes anstatt ihre altstalinistischen Segmente und die Verdammung von demokratischen Sozialismusvorstellungen — als in der Vorhölle des Totalitarismus befindlich — isoliert die Bündnisgrünen im Osten von der großstädtischen Szene und der kritischen Intelligenz. Da sich zudem die Bürgerbewegung der DDR vor und während des Zusammenschlusses von Bündnis 90 und Grünen gespalten hat, fand sich nur ein Teil der Bürgerbewegung in der gemeinsamen Partei wieder. Gerade der stärker an Gesellschaftsveränderung und der außerparlamentarischen Basis orientierte Teil blieb außen vor.

Insgesamt hat dies zu einem sektierischen Verlauf des Parteaufbaus im Osten geführt, der die Bündnisgrünen in den neuen Ländern von ihrem Umfeld abgespalten hat. Daß das ostdeutsche Wahlergebnis keine unbeeinflussbare Naturkatastrophe war, zeigt ein Blick in die Berliner Bezirke Prenzlauer Berg, Mitte und Friedrichshain, wo die Bündnisgrünen dem Westen vergleichbare Resultate erzielt haben. Daß die Ergebnisse hier besser sind als anderswo, ist nicht weiter erstaunlich, weil dort die „Szene“ wohnt. Es verlangt jedoch eine politische Erklärung, daß in diesen drei Bezirken entgegen dem allgemeinen östlichen Trend keine Verluste an absoluten Stimmen eingetreten sind. Offenbar war es richtig, bei der Kommunalwahl 92 alle Teile der Bürgerbewegung auf einer gemeinsamen Wahlliste zu vereinen, wie es in den genannten drei Bezirken — übrigens gegen den Widerstand führender Köpfe des damaligen Bündnis 90 — geschehen ist. So konnte der Zusammenhang mit den vielfältigen Initiativen und Projekten im Stadtteil bis heute erhalten werden.

Die Bundestagswahl enthält deshalb den politischen Hinweis an die Bündnisgrünen, den Weg der Kräffesammlung und Zusammenarbeit mit den Basisinitiativen einzuschlagen. Das Motto für die mit Parlamentären überlasteten Kreisverbände im Osten könnte lauten: Lieber mal im Kommunalparlament etwas liegenlassen zugunsten von Mitarbeit in Basisinitiativen und -projekten, gelassener Umgang mit dort evtl. anzutreffenden PDS-Sympathien oder wolkigen „3. Weg“-Vorstellungen. Bündnis 90/Grüne sollten überlegen, wie außerparlamentarische Tätigkeiten im Osten unterstützt werden können und ob es nicht sinnvoll ist, ihre Wahllisten gezielt für profilierte Vertreter aus der Initiativszene zu öffnen.

Anmerkungen aus Ost-Berliner Sicht

Es wird für die Bündnisgrünen zur Überlebensfrage, Mittel und Wege zu finden, die Ökologie als Thema der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik durchzusetzen. Die Ost-Berliner Bündnisgrünen werden sich dem zuerst stellen müssen. Nach dem Ende der Spaltung Europas und im Zuge des Hauptstadtbeschlusses entwickelt sich Berlin spontan zu einer Dienstleistungsmetropole, die unter außenwirtschaftlichen und steuerpolitischen Gesichtspunkten nicht mehr gezwungen ist, weiterhin Milliarden DM in abwanderungswillige Altindustrien und in zweifelhafte Großprojekte à la Olympia oder Luftkreuz zu stecken, wie es der CDU/SPD-Senat vorzugsweise tut. Stattdessen sollte sich die Stadt erstens auf das besinnen, wo schon jetzt ihre Stärken liegen (z. B. Wissenschaft und Bildung, Kultur und Medien, Tourismus, pharmazeutische

Industrie, Mikroelektronik und Software, Elektro- und Verkehrstechnik) und zweitens sich darauf konzentrieren, für die in der Massengüterindustrie Freigesetzten neue Arbeitsplätze zu schaffen, die deren Qualifikation entsprechen. Gerade der von den Bündnisgrünen angestrebte ökologische Stadtumbau eröffnet ein solches, qualifikationsgerechtes Beschäftigungsfeld. Deshalb sollte mit eingesparten Industriebudgeten, erhöhter Gewerbesteuer und kommunalen Ökoabgaben ein Netzwerk aus öffentlichen Aufgaben, Betrieben, Forschungseinrichtungen, arbeitsmarktpolitischen Instrumenten und gesellschaftlicher Eigeninitiative geknüpft werden, das eine ökologische und sozial verträgliche Infrastruktur für die Dienstleistungsmetropole Berlin ermöglicht. Diese Alternative zur verfehlten Politik des Senats sichtbar zu machen, dürfte die zentrale Aufgabe im Berliner Wahlkampf sein.

Reformmehrheiten an der stärksten politischen Partei Ostberlins vorbei wird es in Berlin vermutlich nicht geben. Wir dürfen uns in dieser Frage weder von tatsächlichen oder vermuteten



aus: „Schrägstrich“ Nr. 11/94

Überlegungen der SPD abhängig machen noch Gefangene eigener Mitglieder bleiben, die im Umgang mit den Postkommunisten offenbar päpstlicher als z. B. Jazek Kuron oder Adam Michnik sein möchten. Dienlicher wäre — zusätzlich zum unvermeidlichen Spiegelstrichprogramm — eine politische Erklärung zum Wirtschafts- und Arbeitsstandort Berlin, in der die Bündnisgrünen ihre Vorstellungen von der Metropole Berlin entwickeln und in einem halben Dutzend Reformprojekte zuspitzen. In dieser Wahlaussage wäre ihre damit verbundene Koalitionsaussage bereits angelegt: Wir beteiligen uns an einer Regierung, die die von uns angestrebte Stadtentwicklung befördert und uns die Umsetzung unserer zentralen Reformprojekte ermöglicht. Davon schließen wir keine Partei aus — auch nicht die PDS.

Der Autor ist Ost-Berliner von Geburt an. Vor der Wende Mitarbeit im Friedenskreis der evangelischen Samariterkirchengemeinde (Eppelman-Kreis) und beim Öko-Netzwerk „arche“, nach der Wende Gründung der „Grünen Partei in der DDR“, Mitarbeit am Zentralen „Runden Tisch“, nach der Vereinigung der DDR-Grünen mit den Grünen West 1990 bis 1993 Mitglied im Berliner Landesvorstand der Grünen/AL, seit der Vereinigung der Grünen mit dem Bündnis 90 Redakteur des Theorieorgans „Stachelige Argumente“ (Mitgliederzeitung in Berlin) und z. Z. Mitarbeiter des Grünen Europaabgeordneten Frieder Otto Wolf.

TERMINE

5. — 8. 1. 95 Linke Winterschule in Schnepfenthal, Thüringen.

Themen:

Wirtschaft: Betriebsverfassungsgesetz der PDS und Organisation der Selbstverwaltung, Memorandum 94 u. a.

Geschichte: Übergang von Konservatismus zu Faschismus anhand aktueller und historischer Beispiele

Philosophie: Auseinandersetzung mit Nietzsche.

Anmeldungen bei: GNN-Verlag, Palmaille 24, 22767 Hamburg.

27. — 29. 1. 95: 4. Parteitag der PDS, Berlin

19. 2. 95: Landtagswahlen in Hessen

4. 3. 95: Frühjahrstagung des Arbeitskreises Politische Berichte in Köln

4./5. 3. 95: BWK-Bundesdelegiertenkonferenz in Köln

Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik

— erscheint vierzehntäglich.

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, 50674 Köln, Zulpicher Straße 7. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan (zu erreichen über: Kurdistan-Komitee, Hansaring 66, 50670 Köln, zur Zeit verboten), Christoph Cornides (über: GNN, Postfach 120722, 68163 Mannheim), Jörg Detjen (über: GNN, Zulpicher Str. 7, 50674 Köln), Martin Fochler (über: GNN, Schwanthaler Str. 139, 80339 München), Christiane Schneider (über: GNN, Palmaille 24, 22767 Hamburg), Herbert Stascheit (über: GNN, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz).

Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Alfred Küstler; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Diskussion/Dokumentation: Ulrike Detjen; für Aus Ostdeutschland: Herbert Stascheit; für Aus Kultur und Wissenschaft: Angela Lux.

Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Nachrichtenverband niedersächsischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverband baden-württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayerischer Betriebs- und Lokalzeitungen.

Vierteljährliche Beilage: Rundbrief der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“.

Redaktionsanschrift: GNN-Verlag, Postfach 260 226, 50515 Köln. Hausadresse: GNN-Verlag, Zulpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373, Datentelefon (nur für GNN-Programme): 0221/246915.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. Konto: Postgiroamt Köln, BLZ 370 100 50, Konto Nr. 104 19-507.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,00 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 32,50 DM (Förderabo 39,- DM), ein Jahresabonnement kostet 65,- DM (Förderabo 78,- DM). Für Bezieher aus den neuen Bundesländern, Personen in Ausbildung und Arbeitslose: 39,- DM. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: Tribüne Druck GmbH, 12435 Berlin.

Nachrichtenverbindungen:

Berlin: GNN-Verlag, Diefenbachstr. 33, 3. Hof, Eingang C, 10967 Berlin, Tel. 030/6949257, Fax: 030/6949454.

Hamburg: GNN-Verlag, Palmaille 24, 22767 Hamburg, Tel. 040/381393, Fax: 040/3898331.

Hannover: GNN-Verlag, Grenzweg 4, 30165 Hannover, Tel. 0511/3520816.

Köln: GNN-Verlag, Zulpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373.

München: GNN-Verlag, Schwanthaler Str. 139, 80339 München, Tel. 089/5026541, Fax: 089/5028112.

Schkeuditz (bei Leipzig): GNN-Verlag, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz, Tel. 034204/65711, Fax und Dat. Tel. 034204/65893.

Stuttgart: GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 0711/624701, Fax: 0711/621532.

„... die Möglichkeit zu geben, sich über die Auseinandersetzung ein Bild zu machen ...“

OLG Düsseldorf zur Verfolgung der Dokumentation „BRD/RAF“ durch die Bundesanwaltschaft

Am 28. November hat das Oberlandesgericht Düsseldorf den von der Bundesanwaltschaft eingeleiteten Rechtsstreit um die im GNN-Verlag seit 1987 herausgegebene Dokumentation „BRD/RAF“ entschieden: Die Dokumentation ist keine „Werbung für eine terroristische Vereinigung“, die vom Ermittlungsrichter am OLG Düsseldorf am 11. August angeordnete Beschlagnahme wird aufgehoben.

Damit könnte die Broschüre ab sofort wieder ausgeliefert werden — wenn nicht die Staatsanwaltschaft Beschwerde gegen den Beschluß eingelegt hätte und zugleich die Aufschubung des Vollzugs des OLG-Urteils beantragt hätte. Also muß der Verlag noch ein, zwei, vielleicht drei Wochen warten, bis auch über die Beschwerde entschieden ist.

Auch wenn die Generalstaatsanwaltschaft in Düsseldorf — hier folgt sie strikt den Wünschen der Bundesanwaltschaft — am Ende bis zum Bundesgerichtshof gehen sollte, um eine Aufhebung des OLG-Urteils zu versuchen: der Vertrieb der Dokumentation wäre zumindest bis zu einer solchen Entscheidung des BGH rechtlich nicht mehr zu beanstanden. Verlag und am Kauf und Verkauf der Dokumentation Interessierte inkl. Buchhändler müssen sich also noch ein paar Tage gedulden, bis die beschlagnahmten Exemplare endgültig wieder zurückgegeben werden müssen und der Vertrieb ohne weitere rechtliche Behinderungen wieder aufgenommen werden kann.

Trotz dieser Wartezeit und trotz einem evtl. Fortgang des Rechtsstreits um die Dokumentation bis zum Bundesgerichtshof ist das Urteil des OLG Düsseldorf schon jetzt ein deutlicher Rückschlag für die Verfolgungsabsichten der Bundesanwaltschaft und ein Erfolg für die Presse- und Meinungsfreiheit in diesem Land. Wir dokumentieren im folgenden den Beschluß des OLG Düsseldorf im Wortlaut.

VI 8/94
30 Js 91/94
GStA Düsseldorf

In dem Einziehungsverfahren betreffend die GNN-Verlagsgesellschaft Köln, vertreten durch den Geschäftsführer Martin Fochler, Augsburg

wegen Beschlagnahme von Druckschriften

hat der 6. Senat des Oberlandesgerichts Düsseldorf durch den Vorsitzenden Richter am Oberlandesgericht Steffen, den Richter am Oberlandesgericht Paul und die Richterin am Oberlandesgericht Magiera-Steinacker in der Sitzung vom 28. November 1994 auf Antrag des Geschäftsführers nach Anhörung der Generalstaatsanwaltschaft

beschlossen:

Der Beschluß des Ermittlungsrichters des Oberlandesgerichts Düsseldorf vom 11. August 1994 wird aufgehoben. Die Beschlüsse des Ermittlungsrichters des Oberlandesgerichts Düsseldorf vom 30. Juni und 29. August 1994 werden dahin abgeändert, daß die Beschlagnahme von insgesamt 966 Exemplaren der Druckschrift „Ausgewählte

Dokumente der Zeitgeschichte, Bundesrepublik Deutschland (BRD)“, Rote Armee Fraktion (RAF)“ aufgehoben wird. Die 966 Exemplare der Druckschrift sind an Martin Fochler als alleinvertretungsberechtigten Geschäftsführer der GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Köln, herauszugeben.

Der weitergehende Antrag wird zurückgewiesen.

Gründe

Die Generalstaatsanwaltschaft hatte zunächst gegen unbekannte Mitarbeiter der GNN-Verlagsgesellschaft Köln und später gegen deren Geschäftsführer Fochler und Lötzer als Verbreiter der Druckschrift „Ausgewählte Dokumente der Zeitgeschichte, Bundesrepublik Deutschland (BRD)“, Rote Armee Fraktion (RAF)“, 6. Auflage, Köln, Februar 1993, wegen Verdachts des Werbens für die terroristische Vereinigung „Rote Armee Fraktion (RAF)“ (Vergehen nach § 129a Abs. 3 StGB) ermittelt.

Auf Antrag der Generalstaatsanwaltschaft hat der Ermittlungsrichter des Oberlandesgerichts Düsseldorf mit Beschluß vom 30. Juni 1994 ein an den Strafgefangenen Karl-Heinz Dellwo gesandtes Exemplar der 6. Auflage dieser Druckschrift beschlagnahmt und die Durchsuchung der Geschäftsräume der GNN Verlagsgesellschaft in Köln angeordnet. Bei der am 10. August 1994 durchgeführten Durchsuchung sind insgesamt 965 Exemplare dieser Druckschrift der 6. Auflage und früherer Auflagen gefunden und sichergestellt worden. Auf Antrag der Generalstaatsanwaltschaft ordnete der Ermittlungsrichter des Oberlandesgerichts Düsseldorf mit Beschluß vom 11. August 1994 die Beschlagnahme dieser Exemplare an, weil sie aus den Gründen des Beschlusses vom 30. Juni 1994 der Einziehung nach § 74 d Abs. 1 Nr. 1 StGB unterlägen und weil auch die Voraussetzungen für die Beschlagnahme eines Druckwerks nach den §§ 111 m, f StPO sowie § 13 f. LPG gewahrt seien.

Der nach dem Gesellschaftsvertrag alleinvertretungsberechtigte Geschäftsführer Martin Fochler hat Beschwerde gegen den Beschluß vom 30. Juni 1994 und sofortige Beschwerde gegen den Beschluß vom 11. August 1994 eingelegt. Er begehrt die Aufhebung beider Beschlüsse und die Feststellung, daß der Durchsuchungs- und Beschlagnahmebeschluß vom 30. Juni 1994 rechtswidrig gewesen sei. Er hält den Beschluß, die daraufhin durchgeführ-

ten Maßnahmen und die Folgeentscheidungen für rechts- und verfassungswidrig und führt zur Begründung an, die Anordnung der Durchsuchung zum Auffinden von Beweismitteln sei unzulässig gewesen; der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz sei verletzt, die Straftat sei verjährt und im übrigen liege ein Verstoß gegen Art. 5 GG vor. Martin Fochler macht geltend, daß die Druckschrift seit 1987 ohne Beanstandungen in inzwischen 6. Auflage unverändert erscheine, er sowie der weitere Geschäftsführer Lötzer hätten keinerlei Vorsatz zur Verwirklichung des ihnen vorgeworfenen Straftatbestandes gehabt.

Mit Beschluß vom 29. August 1994 hat der Ermittlungsrichter des Oberlandesgerichts Düsseldorf unter teilweiser Abänderung seines Beschlusses vom 11. August 1994 die Beschlagnahme der sichergestellten 965 Exemplare der Druckschrift unabhängig von der Nummer der Auflage bestätigt und die angefochtenen Beschlüsse um die bisher feh-

lende Konkretisierung ergänzt und mit den beanstandeten Textstellen versehen; im übrigen hat er der Beschwerde nicht abgeholfen. Gegen diesen Beschluß hat der Geschäftsführer Martin Fochler sofortige Beschwerde eingelegt.

Mit Verfügung vom 28. September 1994 hat die Generalstaatsanwaltschaft das Ermittlungsverfahren wegen Verdachts eines Vergehens nach § 129a Abs. 3 StGB gegen die Geschäftsführer Fochler und Lötzer gemäß § 170 Abs. 2 StPO unter anderem wegen eingetretener Strafverfolgungsverjährung eingestellt. Mit der am 4. Oktober 1994 beim Oberlandesgericht Düsseldorf eingegangenen Schrift hat sie beantragt, die 965 beschlagnahmten Exemplare der Druckschrift durch selbständigen Beschluß einzuziehen und die Beteiligung des GNN-Verlages, vertreten durch deren Geschäftsführer Martin Fochler, Rüdiger Lötzer und Jörg Detjen anzuordnen.

Auf die nach Einstellung des subjektiven Ermittlungsverfahrens und nach Einleitung eines objektiven Einziehungsverfahrens als Antrag zu behandelnden drei Beschwerden, im Sinne des Beschwerdebegehrens zu entscheiden, ist die Beschlagnahme aller Druckschriften aufzuheben. Der weitergehende Antrag ist zurückzuweisen.

1. Die Beschlagnahmeanordnungen können keinen Bestand haben. Nach Einstellung des Ermittlungsverfahrens kommen die Druckschriften nicht als Beweismittel in Betracht. Es sind auch keine dringenden Gründe für die An-

nahme vorhanden, daß die Voraussetzungen für ihre selbständige Einziehung vorliegen (§§ 111 m, 111 b Abs. 1 StPO). Die beschlagnahmten Exemplare der Druckschrift unterliegen nicht der Einziehung nach § 74 d Abs. 1 Satz 1 StGB, weil der Inhalt der Druckschrift nicht so beschaffen ist, daß deren vorsätzliche Verbreitung in Kenntnis ihres Inhalts ein tatbestandsmäßiges und rechtswidriges Werben für eine terroristische Vereinigung gemäß § 129a Abs. 3 StGB darstellt.

Die Verbreitung einer Dokumentation erfüllt den äußeren Tatbestand des § 129a Abs. 3 StGB nur, wenn ihr Inhalt objektiv geeignet ist, von einem Durchschnittsadressaten als Werbung für eine terroristische Vereinigung aufgefaßt zu werden. Dies ist dann der Fall, wenn der Publikation als solcher bei einer umfassenden Würdigung ihres gesamten Inhalts eine werbende Zielrichtung, die terroristische Vereinigung mit dem Mittel der Propaganda zu stärken, zu entnehmen ist, was für den Durchschnittsadressaten eindeutig erkennbar sein muß (vgl. BGHSt. 28, 26 f. und 33, 16 f. sowie Beschluß des KG in StV 1990, 210/211 m.w.N.).

Diese Voraussetzungen erfüllt die hier zu beurteilende Dokumentation nicht. Nach der Vorbemerkung der Redaktion war es ihr Anliegen, eine Sammlung der wichtigsten Dokumente der Auseinandersetzung der „RAF“ mit der „BRD“ herauszugeben, um vor allem der jüngeren Generation die Möglichkeit zu geben, sich über die Auseinandersetzung ein Bild zu machen und darüber diskutieren zu können. Nach den aufgezeigten Kriterien wäre ein solches Verhalten nicht als Werbung für eine terroristische Vereinigung zu werten.

Die 130 Seiten umfassende Druckschrift enthält einen historischen Abriss der Entwicklung der „RAF“ und ihrer Aktionen sowie der Reaktionen der Behörden der Bundesrepublik Deutschland für die Zeit von 1970 bis 1984, wobei schwerpunktmäßig der Zeitraum von 1970 bis 1977 beleuchtet wird. In chronologischer Reihenfolge sind Tatbekennungen und Erklärungen der „RAF“ sowie Abhandlungen und Aufsätze über den Kampf dieser Vereinigung unter Angabe der Quellen abgedruckt. Es findet sich darin aber auch ein Pressespiegel mit Artikeln seriöser Zeitungen aus den Monaten September und Oktober 1977, Ansprachen und Erklärungen von Politikern und Repräsentanten der Bundesrepublik Deutschland sowie von anderen Persönlichkeiten und Organisationen des öffentlichen Lebens, ferner Regierungserklärungen, Auszüge aus Bundestagsdebatten, Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts und Gesetzesregelungen. Darüber hinaus enthält die Druckschrift (S. 105 f.) eine Abhandlung von Ernst Topitsch „Die Maske des Bösen, Zur Kritik der Ideologie des Terrorismus“. In ihr wird der Terrorismus erheblich kritisiert und als Teil von jener Kraft dargestellt, die das Böse will und das Gute schafft, indem es die demokratischen Kräfte wachrüttelt. Außer dem Vorwort enthält die Schrift eigene Beiträge der Redaktion nur in Form von deutlich sich von den übrigen Texten abhebenden dokumentarischen Chro-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 16:
OLG Düsseldorf zu „BRD/RAF“

nologien, kurzen stichwortartigen Hinweisen auf den Inhalt und Erläuterungen, die als Fußnote jeweils im Anschluß an die Dokumente abgedruckt sind.

Der Senat erkennt nicht, daß der Inhalt einiger Beiträge durch die Art der Darstellung und der geübten Kritik an durchgeführten staatlichen Maßnahmen geeignet ist, die „RAF“ und ihre Ziele im günstigen und die Bundesrepublik Deutschland, ihre Staatsorgane und die Strafverfolgungsbehörden im ungünstigen Licht erscheinen zu lassen. So vermittelt das Vorwort der Druckschrift bei den Passagen

„... Die von den Staatsorganen begründeten und durchgeführten Maßnahmen ... und Opposition mit Mitteln totzuschlagen, die erst nachträglich oder niemals legalisiert wurden oder deren Legalisierung selbst einen Rechtsbruch bedeutete“ (Seite 3, linke Spalte) und

„... Daß die Dokumentation mit der Aktion beginnt, ... Dies bezeichnet nur einige der wichtigsten Entwicklungen, die die Herausbildung der RAF sowie anderer Strömungen der politischen Opposition mit bedingten.“ (Seite 3, rechte Spalte)

den Eindruck, als handle es sich bei der „RAF“ um eine legale Opposition. Vereinzelte werden zudem in einigen wenigen Beiträgen bei der Schilderung der gegen die „RAF“ durchgeführten Maßnahmen deren davon betroffene Mitglieder und die „RAF“ selbst als Opfer staatlicher Willkür dargestellt. So heißt es

auf Seite 14, rechte Spalte unter dem 22.12.1971 „... startet die Springer-Pressen eine hysterische Hetzkampagne gegen die „RAF““,

auf Seite 54, linke Spalte unter dem 24.04.1975 „... er (Siegfried Hausner) stirbt am 4. Mai an den Folgen von Mißhandlungen“ und

auf Seite 90, linke Spalte unter dem 20.4.1977 „... Schmidts Problem: die staatliche Kriegsführung gegen die RAF zu rechtfertigen und trotzdem die einzigartige Freiheitlichkeit der BRD zu behaupten“.

Die weiteren von der Generalstaatsanwaltschaft beanstandeten Textstellen

auf Seite 40, rechte Spalte unter dem 17.1.1973: „Die Dokumente zum Toten Trakt machen deutlich: Die Staatsschutzbehörden haben der systematischen Isolation aller politischen Gefangenen bei Ulrike Meinhof und Astrid Proll in einem — auch akustisch isolierten — toten Gefängnistrakt eine Komponente hinzugefügt, die auf den neuesten Ergebnissen der Forschung beruht. Die vollständige Isolation ist schmerzhaft und zerstörerisch.“

auf Seite 57, linke und rechte Spalte unter dem 9.5.1975: „In Köln erschießt die Polizei auf einem Parkplatz Philipp Werner Sauber und verletzt Karl-Heinz Roth schwer. Über dem am Boden liegenden Werner Sauber schießt ein Polizist sein ganzes Magazin leer. Karl-Heinz Roth erhält einen Bauchschuß. Ein Polizist wird erschossen. Karl-Heinz Roth und Roland Otto werden nach mehrjähriger Untersuchungshaft von der Anklage des versuchten Mordes freigesprochen.“

auf Seite 59, linke Spalte unter dem 29.6.1975: „Katharina Hamerschmidt (RAF) stirbt in einem Krankenhaus in Westberlin an einem Tumor. Ihr war in U-Haft die rechtzeitige Behandlung verweigert worden.“

auf Seite 90, rechte Spalte unter dem 28.4.1977: „Mehrfach mußten Bundesgesetze geändert werden, damit das Gericht das Verfahren überhaupt durchführen konnte.“

auf Seite 91, linke Spalte unter dem 6.7.1977: „Der Überfall ist Vorwand, die Haftbedingungen weiter zu verschärfen.“

auf Seite 92, rechte Spalte unter dem 6.9.1977: „Die Justizverwaltungen der Länder, angewiesen von Bundesjustizminister Vogel (SPD), verhängen gegen alle aufgrund des § 129 verfolgten Gefangenen eine Kontaktsperre, die jeglichen Kontakt untereinander und zur Außenwelt abschneidet — ausgenommen die staatlichen Behörden, denen die Gefangenen um so schutzloser ausgeliefert sind. Entscheidungen von Gerichten, daß die Verteidiger von der Besuchssperre ausgenommen sind, werden mißachtet. Die Bundesregierung beruft sich bei der Zwangsmaßnahme der Kontaktsperre, für die es keine Rechtsgrundlage gibt, auf den übergesetzlichen Notstand.“

und auf Seite 96, linke Spalte unter dem 2.10.1977: „Mit dem Inkrafttreten des Kontaktsperregesetzes erhält der illegale Zustand, in dem die politischen Gefangenen gehalten werden, Gesetzesgrundlage. Das Kontaktsperregesetz wird unter Vorspiegelung falscher Tatsachen — Steuerung der RAF-Aktionen aus den Zellen heraus — am 29.9. in zweiter und dritter Lesung durchs Parlament gepeitscht, nachdem die freilich zaghafte Opposition innerhalb

der SPD-Fraktion zuvor fast gänzlich niedergemacht worden ist. Nur drei SPD-Fraktionsmitglieder stimmen gegen das Gesetz, einige enthalten sich. Auf die Frage des italienischen Fernsehens, ob die Schleyer-Entführung aus den Zellen heraus gesteuert worden sei, wird Vogel 1978 im Gegensatz zu seiner Begründung vor dem Bundesverfassungsgericht am 15.9.1977 sagen: „Nein. Das haben wir seinerzeit schon nicht angenommen, und es hat sich auch keine Bestätigung dafür gefunden ... Eine Planung oder überhaupt Steuerung im Detail aus den Zellen heraus, dafür gibt es keine Beweise.“

enthalten lediglich kurze und unkritische Sachdarstellungen, Schlußfolgerungen und Behauptungen.

Ein werbender Charakter kann weder diesen, noch den zuvor zitierten Texten zugemessen werden. Kritik am Staat und seinen ausführenden Organen ist im weiten Umfang zulässig. Sie findet ihre Schranken erst, wenn auch bei günstigster Auslegung des Inhalts einer Erklärung die Grenze der Meinungsfreiheit nach Art. 5 GG zur Verwirklichung eines Straftatbestandes hin überschritten wird. Unter diesem Aspekt kommt den beanstandeten Texten noch der Schutz des Art. 5 GG zugute.

Es handelt sich um Meinungsäußerungen zu dem Kampf der „RAF“ und der Art und Weise der gegen sie ergriffenen staatlichen Maßnahmen. Eine Überschreitung der Grenze der Meinungsfreiheit kann insoweit nicht festgestellt werden.

Selbst wenn diese Auffassung für einige der beanstandeten Textstellen nicht geteilt werden sollte, so ist doch hier entscheidend, daß der Druckschrift in ihrer Gesamtheit keine eindeutig erkennbare werbende Zielrichtung zugunsten der „RAF“ zukommt. Daran ändert auch nichts, daß auf dem Deckblatt der Druckschrift das gegen den Bundesadler gerichtete Symbol der „RAF“ abgebildet ist. Die kritischen

Texte sind, auch wenn sie im Zusammenhang mit der Abbildung auf dem Deckblatt gesehen werden, nicht geeignet, einem Durchschnittsleser den Eindruck zu vermitteln, mit dem gesamten Inhalt der Broschüre solle für die Ziele der „RAF“ geworben werden. Diese Texte treten nicht nur vom Umfang, sondern auch vom Inhalt her gegenüber den übrigen, nicht zu beanstandenden Redaktionsbeiträgen in der 130 Seiten starken Broschüre zurück. Die Annahme, daß die Wiedergabe dieser Texte nur vordergründig dem äußeren Schein nach zum Zwecke der Dokumentation eingefügt sein könnten, findet in der Broschüre selbst keine ausreichende Grundlage. Es erscheint plausibel, daß die beanstandeten Texte in der Broschüre wiedergegeben werden, weil ohne sie aus der Sicht der Herausgeber eine vollständige Dokumentation über die Entwicklung der „RAF“ in dem genannten Zeitraum unvollständig wäre. Dafür spricht der Inhalt und die Aufmachung der Druckschrift sowie der Umstand, daß diese zudem eine Vielzahl objektiver, wertneutraler und kritischer Beiträge anderer Herkunft enthält.

Der Durchschnittsleser wird sie als Teil einer historischen Dokumentation auffassen, die sich nach dem Vorwort zum Ziel gesetzt hat, den Zeitraum von 1970 bis 1984 und dabei insbesondere den Zeitraum von 1970 bis 1977 auszu-leuchten. Ein aktueller Bezug zur heutigen Situation fehlt. In der Dokumentation finden sich keine Beiträge, die sich mit der Entwicklung der „RAF“ nach dem aufgezeigten Zeitraum bis in die heutige Zeit befassen und über ihre aktuelle Situation berichten. Der Leser wird über die heutige „RAF“, ihre Strukturierung, ihre Vorstellungen und ihre Ziele nicht informiert. Die Schrift endet mit einem Abdruck der Erklärung von Christian Klar und Brigitte Mohnhaupt vom 4.12.1984 zu Vorgängen des Jahres 1977. Vor allem dieser Umstand bewirkt, daß sich die Druckschrift trotz der zu beanstandenden Beiträge in ihrer Gesamtheit für den durchschnittlichen Leser als rein historischer Abriss und nicht als Propaganda für die „RAF“ darstellt.

Die Beschlagnahme des an den Strafgefangenen Karl-Heinz Dellwo gesandten Exemplars ist im übrigen bereits wegen Ablaufs der in § 111 a Abs. 2 StPO gesetzten Frist aufzuheben.

2.

Die weitergehende, nunmehr als Antrag zu behandelnden Beschwerden, die Durchsuchungsanordnung aufzuheben und festzustellen, daß der Beschlagnahme- und Durchsuchungsbeschluss vom 30. Juni 1994 und die daraufhin durchgeführten Maßnahmen rechtswidrig gewesen seien, wird als unzulässig verworfen.

Die angeordnete und durchgeführte Durchsuchung ist nicht mehr nachprüfbar. Eine Beschwerde ist insoweit nicht mehr gegeben. Die Durchsuchung ist abgeschlossen. Sie kann nicht ungeschehen gemacht werden.

Ein Interesse an der Feststellung der Rechtswidrigkeit dieser Entscheidung und der nachfolgenden Maßnahmen besteht nicht. Der StPO sind Entscheidungen fremd, die sich in der nachträglichen Feststellung der Rechtswidrigkeit von erledigten Verfahrensmaßnahmen erschöpfen. Nur in Ausnahmefällen, wenn sich die Entscheidungen und Maßnahmen als objektiv willkürlich herausstellen oder die Gefahr der Wiederholung droht, kann das Rechtsschutzbedürfnis für eine entsprechende Feststellung zu bejahen sein (vgl. Karlsruher Kommentar, StPO, 3. Aufl., Rdnr. 5f. vor § 296 und BGH NJW 78, 1815). Davon kann hier keine Rede sein.

gez. Steffen, Paul, Magiera-Steinacker

AUSGEWÄHLTE DOKUMENTE DER ZEITGESCHICHTE

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND (BRD)



ROTE ARMEE FRAKTION (RAF)

Sobald die Beschwerde der Staatsanwaltschaft gegen das OLG-Urteil abgewiesen wurde, kann der Vertrieb wieder aufgenommen werden.